afrika süd
dossier



Migration aus und in Afrika

Inhalt

3 VORWORT
Fischerboote würden zum Fischen genutzt, wären die Fische noch da.
Von *Janine Traber.*

4 WELTGEMEINSCHAFT GEHT NUR OHNE DOUBLE SPEAK
Wie koloniale Kontinuitäten eine nachhaltige und solidarische Welt behindern.
Von *Serge Palasie.*

9 DAS LEID DER ZURÜCKGEBLIEBENEN IM WESTAFRIKANISCHEN KÜSTENSTAAT SENEGAL
Auswirkungen der EU-Migrationspolitik auf die senegalesische Gesellschaft.
Von *Leonie Jantzer.*

12 MIGRATION UND DIE STÄNDIGE SUCHE NACH SELBSTVERBESSERUNG IN AFRIKA
Von *Leander Kandilige, Geraldine Asiwome Ampah* und *Theophilus Kwabena Abutima.*

15 EINE NEUE SAISON DER MIGRATION AUS DEM SUDAN
Von *Marwa Shumo.*

17 DER GOLF BIETET ARBEIT, EUROPA BIETET WARTEN
Die Dezentralisierung Europas aus der afrikanischen Migrationsgeschichte. Äthiopier*innen in den arabischen Golfstaaten.
Von *Saleh Seid Adem.*

20 THE BIG HUSTLE
Leben zwischen Simbabwe und Südafrika.
Von *Leonie March.*

30 FACHKRÄFTE REKRUTIERUNG NACH DEUTSCHLAND
Ein Verlustgeschäft für Afrika?
Von *Souad Lamroubal.*

AFRIKA SÜD-DOSSIER:
MIGRATION AUS UND IN AFRIKA
KONTEXTE, DEBATTEN UND PERSPEKTIVENWECHSEL
HG. VON ISSA, BONN, DEZEMBER 2024

Redaktion: Janine Traber V.i.S.d.P.

Herausgeber:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369
E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Layout und Heftgestaltung: HUSS design

Titelbild:
Perspektiven auf Migration und Mobilität hinterfragen. Sicht aus einem Tourist*innenboot, Somone (Traber, Senegal, 2021).

Rückseite:
Top Manta ist eine in Barcelona ansässige Grassroots-Organisation, die sich für die Rechte von afrikanischen Straßenverkäufer*innen engagieren (Traber, Spanien, 2023).

Gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die informationsstelle südliches afrika e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Fischerboote würden zum Fischen genutzt, wären die Fische noch da.

Das klingt so ähnlich, wie ein beliebter deutscher Zungenbrecher. Doch so wie Sprache in jeglicher Hinsicht (gendersensibel, machtsensibel, Jugendsprache und co.) schon immer dynamisch war, so müssten wir auch für das, was wir „unsere“ Kultur nennen, anerkennen, dass Wandel grundsätzlich zunächst wertungsfrei viel normaler ist als Konservierung.

In der deutschen und europäischen politischen Landschaft ist „Migration“ in den letzten Jahren zum Schlüssel- und Streitbegriff geworden, über den sich Parteien spalten und mit dem demagogisch Wähler*innenstimmen gewonnen werden. „Zu viel Migration“, „zu großer Fachkräftemangel“, „die falschen Migranten“ (wobei hier nie gegendert wird), „eine Flutwelle“ – es werden viele Meinungen geäußert und keine*r ist letztendlich zufrieden. Das Thema scheint es zu erlauben, sich über Grundzüge der Menschlichkeit hinwegzusetzen und Personen sogar mit Umweltkatastrophen gleichzusetzen.

Wessen Wortbeiträge jedoch weitestgehend unbeachtet bleiben, sind jene von Forscher*innen und Migrant*innen selbst. Noch vor Thilo Sarrazins erstem Buch über den gesamtgesellschaftlichen Verlust der kerndeutschen kulturellen Werte durch Einwanderung andersgläubiger, arbeitsscheuer, männlicher Migranten haben die im vorigen Satz Genannten nämlich schon erläutert, dass Mobilität zuallererst völlig normal ist. Man muss nicht bis in die Steinzeit und bis zur Ausbreitung des Homo sapiens sapiens zurückgehen. Bei den meisten als normdeutsch gelesenen Personen reichen wenige Generationen schon. Wie viele Groß- und Urgroßeltern kamen aus allen Himmelsrichtungen her. Wenn man wollte, gäbe es von allen Herkunftsorten kulturelle Parameter, die man als Abweichung von „unserer“ Norm (die wer eigentlich definiert?) ausmachen könnte, um zu rechtfertigen, dass man jemanden nicht unter „uns“ haben will.

Aber wovon spricht man eigentlich, wenn man Migration sagt? Von der ugandischen Studentin im Masterprogramm normalerweise nicht. Und auch nicht von der Nachbarin aus dem Heimatdorf, die nach Mallorca ausgewandert ist. Deshalb nicht, weil das nicht in unsere Vorstellung davon passt, wer ein „Problem“ ist, wer Recht auf Teilhabe und Zugang zu Ressourcen hat, und von wem wir uns bedroht fühlen. Die Unterscheidung in „Zwangsmigration“ (durch Kriege oder Klimawandel z.B.), „Wirtschaftsmigration“ (wenn man anderswo einen Arbeitsplatz sucht) und anderen Mobilitätsformen wie z.B. „Tourismus“ führt uns vor Augen, dass wir uns erlauben, unterschiedlich zu bewerten, wer sich bewegen darf und wer nicht.

Dieses Schwerpunktdossier soll einige Kernthemen der oft wenig perspektivreich geführten Debatte um Migration aus Afrika nach Europa behandeln. Wie auf unserem Titelbild soll dabei nicht nur die externe, sondern auch die interne Sichtweise zu Wort kommen.

Die Texte sind so angeordnet, dass sie aufeinander aufbauen. Zunächst geht es um die Erfassung des Kontextes, sowohl gesellschaftlich als auch historisch, aus dessen Blickwinkel Migration weitestgehend diskutiert wird, und welche Teilbereiche der Geschichte dabei oft ausgelassen werden.

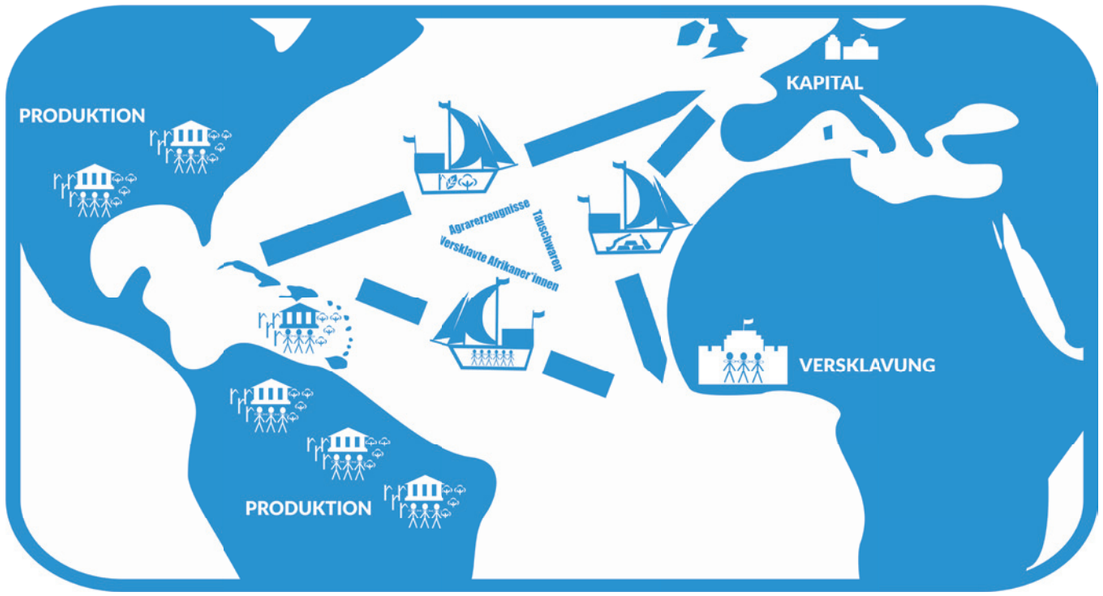
Im Anschluss wird die Perspektive gedreht. Anstatt Grenzzaun vs. Integration zu diskutieren, wird gefragt, welchen sehr stark unterschiedlichen Bedürfnissen Afrikaner*innen mit Migration nachgehen. Die Autor*innen zeigen, dass für die allerwenigsten Migrant*innen aus Afrika Europa das attraktivste Ziel darstellt. Afrikanische Länder verzeichnen unterschiedliche Erfahrungen und Herausforderungen durch Einwanderung, aber auch andere Regionen wie die Vereinigten Arabischen Emirate haben (sowohl im Guten wie im Schlechten) Strategien entwickelt, um sie für ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwecke zu nutzen.

Zum Ende dieses Dossiers wird der Kreis geschlossen mit der Rückkehr zu der Frage, wie Europa und Deutschland Migration als Chance für eine reichere Zukunft für Viele anstatt als Spaltungsmittel zum Bonus Weniger nutzen können.

Denn die lautesten Stimmen sind nicht zwangsläufig jene, die am meisten Recht haben oder sich am besten auskennen. Statt Schreien lohnt sich das Fragenstellen.

Angesichts der anstehenden politischen Entscheidungen, die uns 2025 erwarten, soll die Lektüre dieses Dossiers einen neuen Blick auf Migration in und aus Afrika bieten.

Janine Traber



Weltgemeinschaft geht nur ohne „Double Speak“

WIE KOLONIALE KONTINUITÄTEN EINE NACHHALTIGE UND SOLIDARISCHE WELT BEHINDERN

Über die Kolonialzeit und ihre Relevanz für die Gegenwart wurde in den letzten Jahren – insbesondere seit der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd in den USA 2020 – immer öfter gesprochen. Ob Raubkunst in unseren Museen, Anerkennung von Völkermord in ehemaligen deutschen Kolonien, Kolonialismus im Schulunterricht oder die Umbenennung von Straßennamen – es tut sich etwas. Fast immer sorgte das beharrliche Engagement unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Gruppen dafür, dass der Themenkomplex überhaupt auf die politische Agenda gesetzt wurde. Wie lange die relativ verbreitete Offenheit für das Thema bestehen bleibt, ist angesichts sich ausweitender globaler Krisen und Renationalisierungstendenzen – auch in Deutschland – allerdings alles andere als gewiss. Erste „Ermüdungserscheinungen“ beim Thema Dekolonisierung machen sich zumindest schon bemerkbar – und das, obwohl der Diskurs der letzten Jahre in der Regel kaum die kolonialen Kontinuitäten thematisierte, deren Überwindung deutlich mehr kosten würde als etwa ein neues Straßenschild oder die Rückgabe kolonialer Raubgüter. Konkret gemeint sind auf den Kolonialismus zurückgehende ökonomische oder ökologische Ungleichheiten im globalen Kontext. Nach wie vor bestimmen globale Formen des Wirtschaftens über die Frage, wo Perspektiven vorhanden sind und wo nicht – und damit auch über die Frage, wo Menschen bleiben können oder migrieren müssen. Generell kann die Frage nach den unterschiedlichen Bewegungs- und Mobilitätsmustern zwischen verschiedenen Weltregionen nicht entkoppelt von einer globalen Mächtekonstellation betrachtet werden, die historisch bedingt ist. Wenn es um den sogenannten „Globalen Süden“[1] geht, wollen wir uns im Folgenden auf den afrikanischen Kontinent fokussieren. Afrikas Rolle eines Rohstofflieferanten, die durch Handels- und Zollpolitiken zementiert wird, muss überwunden werden. Wenn das nicht passiert, brauchen wir uns nicht zu wundern, warum Flucht(Migration) Dauerthema bleibt, das sich auch nicht mit der „Nebelkerze“ einer immer restriktiveren Asyl- und Migrationspolitik in Luft auflösen wird.

Können wir uns Gerechtigkeit nicht leisten?

Trotz erwähnter Dekolonisierungsdiskurse innerhalb der Gesellschaften des „Globalen Nordens“ tut sich in zwischengesellschaftlicher Hinsicht eher wenig. Stattdessen wird mit dem Verweis auf den Verlust von innergesellschaftlichen Perspektiven etwa eine fairere Welthandelsordnung abgelehnt – wie auch die jüngste Debatte um eine ambitionierte EU-Lieferkettenrichtlinie zeigte, wo Deutschland indirekt zugab, dass ökonomische Perspektiven hierzulande untrennbar mit Perspektivlosigkeit anderswo verbunden sind – und damit einen Dominoeffekt in den Reihen der am Prozess beteiligten EU-Staaten auslöste. Das ist ein Armutszeugnis eines – ökonomisch – reichen Landes. Statt für die mit dem eigenen Wirtschaftswachstum und der eigenen „Entwicklung“[2] verbundenen sozialen und ökologischen Kosten anderswo Verantwortung zu übernehmen, wird vor einem Verlust von Arbeitsplätzen, dem Abwandern von Schlüsselindustrien und sogar einer Deindustrialisierung gewarnt, um im Endergebnis den Status quo wahren zu können. Die Angst eines Bedeutungsverlusts des „Westens“[3] wird auch maßgeblich durch die globalen Kräfteverlagerungsprozesse der letzten Jahrzehnte geschürt. Dies ist zusammen mit bereits oben erwähntem Migrationsdruck Richtung EU ein Grund für die wachsende rechte Rhetorik nicht nur im rechten Parteienspektrum. Es gab zwar schon immer eine gewisse Diskrepanz zwischen moralisch-humanistischer Rhetorik und der von Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen geleiteten Politik der ehemaligen Kolonial- und Imperialmächte. Aber die sich offensichtlich ausbreitende Bestandswahrungspolitik für eine exklusiv definierte Klientel – auch in Deutschland – weist eine neue Qualität auf.

Es lässt sich eben nicht alles unter einen Hut bringen

Das Paradoxe ist die Gleichzeitigkeit zweier eigentlich unvereinbarer Diskurse: Neben den erwähnten Versuchen einer Wahrung des Status quo, der vielfach auf kolonialen Umverteilungsprozessen beruht, hören wir nicht wenige Politiker*innen und andere in der Öffentlichkeit stehende Menschen über planetare Grenzen, Nachhaltigkeit, Antirassismusarbeit oder Dekolonisierung reden – wenngleich seit einer Weile nicht mehr so stark. Wenn aber oben erwähnte Bestandswahrer*innen etwa gleichzeitig Dekolonisierung und Nachhaltigkeit unter Beibehaltung der bisherigen wirtschaftlichen Logik fordern, dann haben wir schon ein Problem. Rassismus bekämpfen zu wollen, wenn gleichzeitig „smarte Grenzkontrollen“ scheinbar dafür sorgen, dass zielgenau die „Richtigen“ kontrolliert werden, passt genauso wenig zusammen wie Nachhaltigkeit und Dekolonisierung zu propagieren, während gleichzeitig unser CO2-Ausstoss infolge eines als alternativlos erachteten Wirtschaftswachstums steigt und anderswo Perspektivlosigkeit einschließlich Klimaungerechtigkeit zementiert. Solche Widersprüchlichkeiten können daher auch als orwellsches „Double Speak“ bezeichnet werden, wenn sie wissentlich geäußert werden. Wie sollen Menschen in Afrika, die im Schnitt pro Kopf achtmal weniger CO2 emittieren als wir Deutschen, Nachhaltigkeitsapelle aus dem „Globalen Norden“ denn einordnen? Als Lippenbekenntnisse, die erst einmal hintenangestellt werden müssen, wenn etwa Pandemien oder Kriege steigende Kosten verursachen? Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass es selbstredend und glücklicherweise auch Menschen in unserer Gesellschaft gibt, die sich bewusst sind, dass es eine gerechtere und nachhaltigere Welt eben nicht zum Nulltarif geben kann.

Wandel fördern, statt zu bremsen

Wäre Rassismus beziehungsweise rassistisch beeinflusstes Denken tatsächlich über einen gewissen Kipppunkt hinaus in unserer Gesellschaft überwunden worden, dann wäre auch das Verhältnis EU – Afrika ein völlig anderes. In einem Afrika, dem man*frau trotz der gebetsmühlenartigen Beteuerungen des Prinzips der Augenhöhe nicht mit Respekt begegnet, können ökonomische Interessen anders durchgesetzt werden, als dies zwischen gleichberechtigten Partnern der Fall ist. Zudem hat die jahrhundertelange rassistische Fremdzuschreibung auch die Selbstwahrnehmung Afrikas und Menschen afrikanischer Herkunft geprägt. Viele Afrikaner*innen unterschätzen notorisch die Möglichkeiten der Entfaltung ihrer Potentiale in Afrika selbst – auch wenn hier gerade ein allmähliches Umdenken zu beobachten ist, das vor allem von jungen Menschen unter 35 Jahren getragen wird, die mit über 75 Prozent klar die Bevölkerungsmehrheit stellen. Ohne ein Umfeld, in dem sich die Potentiale dieser Gruppe entfalten können, kann eine globale Perspektivenangleichung, die Afrika einen seiner Bevölkerung angemessenen Platz in der Weltgemeinschaft ermöglichen würde, nicht erfolgen. Letzteres ist allerdings eine zentrale Voraussetzung dafür, dass verlorengegangener Respekt gegenüber Afrika beziehungsweise Schwarzen[4] Menschen weltweit wiederhergestellt werden kann. Dass eine Perspektivenangleichung in Afrika eine Phase des Wirtschaftswachstums beinhalten muss, sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt. Dabei könnten wir den Kontinent mit entsprechenden Technologien unterstützen. Denn anders als bei uns können vor Ort direkt umweltverträglichere Technologien zum Einsatz kommen – dreckige Stufen der Diversifizierung der Ökonomie könnten weitestgehend übersprungen werden. Wären wir unserer historischen Verantwortung bewusster, würden wir solch einen Technologie- und Knowhow-Transfer „selbstloser“ in Angriff nehmen, wobei „selbstlos“ deshalb in

Anführungszeichen steht, weil alle Erdenbürger*innen etwas von einer möglichst umweltfreundlichen globalen Perspektivenangleichung haben, wie ein Blick auf die sich überall mehrenden Folgen des menschengemachten Klimawandels zeigt. In dem Kontext könnten wir übrigens auch einiges von unserem Gegenüber lernen, denn vielerorts in Afrika wird echter Nachhaltigkeit ein ganz anderer Stellenwert beigemessen als bei uns und auch die teilweise akademische Wissensproduktion zum Themenkomplex ist vor Ort vielfach weiter – auch, weil man*frau aufgrund der in weiten Teilen des Kontinents schon viel stärker spürbaren Folgen des Klimawandels zum Handeln gezwungen ist. Im Gegensatz dazu meinen nicht wenige politische Entscheidungsträger*innen bei uns noch viel zu oft, dieses Thema etwa aus wahltaktischen oder lobbyistischen Gründen weiter aufschieben zu können. Oder sie bilden sich ein, dass technologische Innovationen allein genügten, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Auch die Idee, dass Wiederaufbaumaßnahmen oder Versicherungszahlungen an Betroffene etwa nach Extremwetterereignissen das Problem an sich beseitigen würden, ist eine Illusion und fällt uns in dem Maß immer stärker auf die eigenen Füße, desto verheerender der Klimawandel auch bei uns bemerkbar wird und desto teurer es wird, seine negativen Folgen abzufedern.

Warum ein Blick auf die Geschichte nötig ist

Die oben angerissene und von Widersprüchen gekennzeichneten Ist-Situation kann nicht ohne einen Blick auf die Geschichte verstanden werden. Heute meinen wir nahezu entkoppelt von einer gewaltsamen transatlantischen Umverteilungsgeschichte seit Kolumbus und Co. unseren heutigen „Entwicklungs"-Stand als alleiniges Ergebnis der Genialität, Innovationskraft und hehren Visionen unserer Vorfahren deuten zu können. Sind aber die Zusammenhänge zwischen „Entwicklung" *hier* und „Unterentwicklung" *dort* nicht präsent, werden Probleme im „Globalen Süden" vielfach – auch politisch motiviert – allein auf eine unterstellte Unfähigkeit vor Ort zurückgeführt. Hierbei spielen rassistische Vorurteile, die in kolonialen Zeiten entstanden sind, eine wichtige Rolle. Eine solche künstliche Abtrennung von der von Europa ausgehenden transatlantischen Umverteilungsgeschichte leistet einer Aufrechterhaltung einer verbreiteten Empathielosigkeit gegenüber Menschen in beziehungsweise aus dem „Globalen Süden" und ihren Nachfahr*innen Vorschub.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass es keinen „Westen" geben würde ohne die letzten gut 500 Jahre. Begonnen hatte alles mit der größten Zwangsmigration der Geschichte, dem transatlantischen Versklavungshandel, der alle Formen von Versklavung, die es bis dahin weltweit gegeben hatte, in den Schatten stellte. Nicht das Abziehen von Edelmetallen aus den Amerikas durch Spanien, sondern diese agrarische und auf Versklavtenarbeit basierende Wertschöpfungskette, die den Massenkonsum mit all seinen negativen sozialen und ökologischen Folgen als Geldeinnahmengenerator überhaupt erst etablierte, schuf einen dauerhaften Wirtschaftsraum mit dem Atlantik in seinem Zentrum.

Rassistische Hierarchien kein dauerhafter Schutz vor Perspektivenverlust

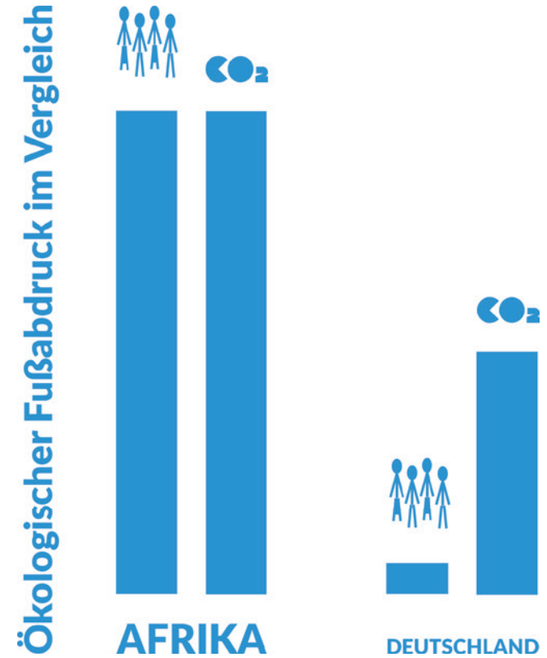
Die längste Zeit der Geschichte war Versklavung von Menschen nicht an den Phänotyp, also an Äußerlichkeiten, gebunden. Versklavt wurden die, die versklavt werden konnten – egal wie sie aussahen. Nicht, dass die Versklavung von Menschen vor der Entstehung des „Westens" nicht systematisch menschenverachtend war. Aber diese Verachtung entfaltete ihre Wirkmacht besonders ab dem Moment, in dem ein Mensch tatsächlich versklavt wurde. Die zunehmende ökonomische Abhängigkeit von Versklavten aus Afrika seit dem 15. Jahrhundert schuf jedoch den Rassismus als pseudo-moralische Absicherungsideologie wachsender Privilegien in einer konstruierten, sich zunehmend als *weiß* definierenden „Wir"-Gruppe. Im 17. Jahrhundert wurde Versklavung von Menschen endgültig Schwarz – zumindest im entstehenden „Westen". Von nun an war die systematische Menschenverachtung nicht mehr Folge einer Versklavung, sondern ging ihr voraus. Diese Umkehrung machte Emanzipationsprozesse nach der Befreiung einzelner Versklavter bzw. nach der Abschaffung der transatlantischen Versklavungsökonomie als Ganzes erheblich schwerer. Die Folgen sehen wir bis heute. Der Rassismus – wenngleich auch weiterhin ökonomisch relevant – hat sich verselbstständigt. Und die in diesem Kontext – noch – Privilegierten meinen nicht selten, dass ihre Situation entkoppelt von dieser Umverteilungsgeschichte betrachtet werden könne und quasi „gottgegeben" sei, was ein gefährlicher Irrglaube ist, wie ein Blick auf die zunehmende Prekarisierung von Lebensverhältnissen der Mehrheitsbevölkerung auch im „Globalen Norden" beweist. Der Rassismus war zwar zentral bei der Entstehung einer kapitalistischen Weltwirtschaft und spielt weiter eine wichtige Rolle. Aber: Dass das Streben nach Wachstum keine Grenzen kennt und langfristig vor keiner Gruppe – auch nicht vor bisher strukturell Privilegierten – Halt macht, sollte allmählich nicht nur der*dem aufmerksamen Beobachter*in aufgefallen sein.

Globale Arbeitsteilung und Klimaungerechtigkeit

Die in kolonialen Kontexten einsetzende Industrialisierung, die maßgeblich durch die über Jahrhunderte angehäuften Gewinne aus dem transatlantischen Versklavungshandel finanziert wurde, ist kaum denkbar ohne diese Gewaltgeschichte. Die dadurch entstehende globale Arbeitsteilung schuf überhaupt erst die von struktureller Perspektivlosigkeit betroffenen Menschengruppen im sogenannten „Globalen Süden", die ihre Heimat auf der Suche nach Perspektiven verlassen und die in Medien, Politik und öffentlichem Diskurs oft abwertend als „Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet werden. Diese politisch motivierte Hierarchisierung Geflüchteter blendet globale Zusammenhänge aus und unterstellt Menschen pauschal, keine „echten" Fluchtgründe zu haben. Ebenso ausgeblendet wird, dass die strukturelle Perspektivlosigkeit ein Nährboden für „echte" Fluchtgründe sein kann – also etwa genderspezifische, ethnisch oder religiös motivierte Konflikte begünstigt. Dies gilt übrigens umso mehr, desto stärker der ebenfalls in der industrialisierten Phase des Kolonialismus einsetzende menschengemachte Klimawandel Umwelt degradiert und natürliche Ressourcen wie Wasser oder Acker- bzw. Weideland verknappt. Die Ausbreitung des islamistischen Terrors beispielsweise in vielen Regionen der Sahelzone, einem Gebiet, wo eine ökonomische Perspektivlosigkeit und die zunehmende Degradierung von Umwelt infolge des Klimawandels besonders zu spüren sind, kann ohne diese Rahmenbedingungen nicht erklärt werden.

Was tun?

Um das koloniale Erbe auf globaler Ebene überwinden zu können, braucht es eine globale Perspektivenangleichung. Es wäre bestenfalls naiv zu glauben, dass wir etwa Rassismus durch Maßnahmen im „Globalen Norden" allein – so wichtig sie auch sind – überwinden können. Und Dekolonisierung im innergesellschaftlichen Kontext kann nur der Anfang sein und darf sich nicht langfristig darauf beschränken. Langfristig muss der Kampf gegen Rassismus und für eine Dekolonisierung unbedingt eine globale Dimension aufweisen. Wenn sich nicht der Verdacht verfestigen soll, dass erwähnte innenpolitische Anstrengungen im Bereich Antirassismus und Dekolonisierung nur deshalb angegangen werden, um etwa bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu beruhigen, während gleichzeitig auf internationaler Ebene „business as usal" fortgeführt wird, dann müssten oben erwähnte Bestandwahrungsversuche etwa im ökonomischen oder sicherheitspolitischen Bereich aufgegeben werden. Das hat nichts mit der Aufgabe von Souveränität zu tun und wird auch keine Deindustrialisierung nach sich ziehen – wie



Panikmacher*innen warnen. Aber zum Nulltarif wird das nicht funktionieren – wie schon oben einmal erwähnt.

Dass sich die Perspektiven global verlagern, hat mit dem Aufstieg neuer Mächte jenseits des „Westens" zu tun, die sich dessen „Entwicklungs"-Logik aneigneten. Das Kapital entgleitet dem „Westen" zusehends. Daher sind auch die Renationalisierungstendenzen in Europa oder Staaten wie den USA nicht nur moralisch bedenklich, sondern irrational: Wie wollen die rechten Populist*innen mehr Perspektiven für „die kleinen Leute" realisieren, wenn der Kapitalstock zunehmend abwandert? Perspektiven wuchsen in *weißen* Gesellschaften historisch gesehen in dem Maße, in dem nicht-*weiße* Menschen in der eigenen Gesellschaft oder anderswo ausgebeutet worden sind. Diese Zeit neigt sich trotz aller nach wie vor bestehenden Kontinuitäten dem Ende zu, denn die Perspektiven nicht-*weißer* Kräfte wachsen kontinuierlich – wenngleich vor allem in Teilen Asiens und noch nicht flächendeckend in Afrika. Da in der „Entwicklungs"-Logik, die übernommen wurde, das Vorankommen von konstruierten Wir-Gruppen wieder auf Kosten anderer geht, ist es selbstredend, dass in dem Maße, in dem woanders Perspektiven entstehen, die Zahl „kleiner Leute" im „Westen" zunehmen wird. Rassistische Privilegierung wird diesen Prozess langfristig nicht aufhalten können. Die wachsende Zahl perspektivloser Menschen im „Westen" zeigt, dass dieser Prozess schon längst begonnen hat. Dass rechte Politiker*innen teilweise sogar von diesen neuen aufsteigenden Mächten finanziert werden, macht deutlich, dass sie im Gegensatz zu ihrer Klientel wissen, wo in Zukunft „die Musik spielt". In der „Entwicklungs"-Logik wie bisher definiert, haben wir als

„Westen“ das Rennen bereits verloren. Daran ändern angerissene Renationalisierungstendenzen nichts. Aber ist diese „Niederlage“ in Wirklichkeit nicht vielmehr die Chance für einen Neuanfang? Könnten wir dadurch nicht die seit Jahrhunderten bestehende Diskrepanz zwischen moralisch-humanistischen Ansprüchen und der davon vielfach abweichenden Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ein Stück weit schließen? Damit würden wir auch dem Glaubwürdigkeitsschwund, mit dem der „Westen“ weltweit zunehmend konfrontiert ist und der ja insbesondere in Afrika die letzten Jahre für politische Umwälzungen etwa in Mali, Burkina Faso und Niger sorgte, begegnen können.

Jahrhunderte lang hat der Rassismus vermocht, dass wir auf Kosten anderer Geld, Material und Perspektiven angehäuft haben. Gleichzeitig wurden die „kleinen Leute“ entlang konstruierter Hautfarben nach dem Prinzip „teile und herrsche“ gegeneinander aufgehetzt. Die negativen Folgen eines auf koloniale Zeiten zurückgehenden Wirtschaftssystems konnten lange von den Nutznießer*innen ignoriert werden. Das hat sich aber mit dem erwähnten Abwandern von Kapital in den letzten Jahrzehnten und vor allem auch mit dem nun auch immer stärker im „Globalen Norden“ zu spürenden Klimawandel verändert. Eine Politik, die nachhaltiges und soziales Wirtschaften umsetzt – selbstredend auch entlang der globalen Lieferketten – kann neues Vertrauen gewinnen. Daraus könnten sich neue Partnerschaften entwickeln, die diesen Namen verdient haben. Nur solche Partnerschaften sind dazu in der Lage, den Herausforderungen unserer Zeit wirklich zu begegnen. Denn keine exklusive Solidarität vermeintlich klar definierter Wir-Gruppen und keine Abschottung durch immer höhere Grenzzäune kann in einer Welt, in der Herausforderungen längst nicht mehr vor Ländergrenzen Halt machen, von Dauer sein. Während sich aber immer kleiner werdende Gruppen, die über immer mehr Geld verfügen, eher vor Kriegen, Pandemien oder Umweltdegradierung schützen können, stellen diese Phänomene für immer mehr Menschen eine wachsende Bedrohung dar. Zeit, dass die „kleinen Leute“ dieser Welt ihre jeweiligen Farbgefängnisse verlassen, um sich gemeinsam gegen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt zu stellen.

Wir alle können durch tägliche Entscheidungen schon erste Zeichen setzen – selbstredend jeweils abhängig von unserer persönlichen Situation. Was konsumiere ich auf wessen Kosten hier oder anderswo? Welche Informationskanäle nutze ich? Wir können durch die moderne Informationstechnologie in den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft weltweit treten, uns öffnen und voneinander lernen, anstatt unsere Zeit in Echokammern mit vermeintlich einfachen Schwarz-Weiß-Lösungsvorschlägen für die aktuellen Probleme zu verschwenden. Natürlich reicht die individuelle Ebene nicht. Zusätzlich müssen wir Politik und Wirtschaft Druck machen, gewachsene Strukturen zu überwinden. Mit der Agenda 2030 einschließlich der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG), internationalen Vereinbarungen zur Senkung von klimaschädlichen Emissionen oder Nachhaltigkeitsstrategien auf unterschiedlichen politischen Ebenen haben sich Politiker*innen weltweit schon mehrfach zu begrüßenswerten Trendwenden bekannt – „nur“ bei der Umsetzung stockt es. Infolge wachsender Herausforderungen wie etwa eingangs erwähnte Kriege oder auch Pandemien meinen nicht wenige Entscheidungsträger*innen, sich von den Verpflichtungen für eine nachhaltigere und gerechtere Welt distanzieren zu können. Diesem Trend einer Politik egoistischer Renationalisierung müssen wir entschieden entgegentreten. Das Erbe des Kolonialismus ist eine entsolidarisierte Welt – womit die Zeiten vor dem Kolonialismus übrigens nicht romantisiert werden sollen. Je mehr Menschen zu einer Resolidarisierung beitragen, desto eher werden wir dazu in der Lage sein, die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Von Serge Palasie

1. „Globaler Norden“ und „Süden“ sind genauso wie die problematischen Begriffe „Entwicklungsländer“ bzw. „entwickelte Länder“ Behelfsbegriffe, um bestimmte Ländergruppen zu kategorisieren. Aus erwähnten Begriffen gehen die kolonialhistorischen Zusammenhänge der Entstehung beider Länderkategorien nicht hervor. Bei „Süden“ und „Norden“ handelt es sich trotz aller Tendenzen nicht um feste geografische Angaben.
2. „Entwicklung“ – wie gängig im ökonomischen Kontext verwendet – steht in Anführungszeichen, weil es sich um ein problematisches Konzept handelt, das ökonomische und soziale Kosten zugunsten von wirtschaftlichem Wachstum regelmäßig vernachlässigt.
3. Der „Westen“ ist keine fest verfasste Organisation – anders als viele Bündnisse, Institutionen etc., in denen verschiedene Staaten des „Westens“ organisiert sind. Das Wort bezeichnet in dem Kontext keine feste geografische Angabe.
4. weiß und Schwarz sind bezogen auf Menschen konstruierte Konzepte, die auf die Zeiten von Versklavung und Kolonialismus zurückgehen. Um dies zu verdeutlichen, wird weiß klein und kursiv geschrieben. Schwarz wird aus diesen Gründen großgeschrieben, da es spätestens mit der Bürgerrechtsbewegung in den USA zu einer Selbstbezeichnung wurde.

Der Autor ist Fachpromotor für Entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Fokus Afrika beim Eine Welt Netz NRW. Illustrationen vom Autor.



Commemor'Action am Strand: kraftvolles Gedenken an und Trauern um die zahlreichen Toten und Vermissten (Foto der Autorin)

Das Leid der Zurückgebliebenen im westafrikanischen Küstenstaat Senegal

AUSWIRKUNGEN DER EU-MIGRATIONSPOLITIK AUF DIE SENEGALESISCHE GESELLSCHAFT

Am Strand von dem Stadtteil Dakar-Mbao versammeln sich europäische und afrikanische Aktivist*innen. Es sind 31 Grad, die Sonne brennt. Nur der Wind sorgt ab und an für eine kurze Pause von der Hitze. Aminata Boye ergreift das Mikro und spricht von dem erlebten Schmerz, den sie erlitt, als sie erfahren hat, dass ihr Sohn Wally Mbaye vor vier Jahren bei der Überfahrt zu den Kanarischen Inseln ums Leben gekommen ist. Viele weitere Redner*innen melden sich zu Wort, um ihre Trauer um Angehörige, die auf den maritimen Migrationsrouten gestorben sind, und ihren Schmerz, aber auch ihre Wut zu teilen. In Solidarität, aber auch im Kampf gegen diesen Schmerz gedenken die Aktivist*innen all den vielen Tausenden, die auf ihrer Flucht ums Leben gekommen sind. Europas Grenzen töten und ragen bis in den afrikanischen Kontinent hinein. Allein im Jahr 2023 sind bei der Überfahrt von der senegalesischen und gambischen Küste auf die Kanarischen Inseln 959 Menschen umgekommen – so zumindest die offiziellen Zahlen[1]. Die Dunkelziffer dürfte durchaus höher sein.

Das Wissen über die Gefahr ist in die senegalesische Gesellschaft eingeschrieben und hält Menschen dennoch nicht davon ab, sich auf ein traditionelles Fischerboot, eine *Piroge*, gen Europa zu setzen. Die Not und Hoffnung auf ein würdevolleres Leben und Perspektivlosigkeit sind einfach zu groß. Doch der Senegal ist nicht nur ein Land, aus dem Menschen emigrieren, sondern auch ein Transitland für Menschen auf dem Weg nach Europa. Das zeigt sich sowohl an den Abfahrten von der senegalesischen Küste als auch auf dem Landweg, zum Beispiel am Grenzort Rosso, von dem aus Personen nach Mauretanien gelangen.

Um Abfahrten zu verhindern patrouillieren seit über einem Jahrzehnt die Guardia Civil und die EU-Grenzagentur Frontex an Senegals Küste. Aber auch der Grenzfluss Senegal, der das Land von Mauretanien trennt, wird von Drohnen – finanziert durch Frontex – überwacht. Folglich ist der westafrikanische Staat stark von der Externalisierungspolitik der EU betroffen. Und das obwohl nicht alle Menschen die Absicht haben, nach Europa zu migrieren. Ein großer Teil der Migration findet innerhalb Afrikas statt: Menschen ziehen vorübergehend in andere Regionen, um dort zu arbeiten, und kehren nach einer Weile in ihre Heimat zurück.

Europäische Grenzziehung auf dem afrikanischen Kontinent

Da die EU befürchtet, dass viele Migrant*innen nach Europa wollen, wobei sie die zirkuläre Migration zwischen West- und Nordafrika ignoriert, investiert sie in verschärfende Grenzschutzmaßnahmen zwischen Senegal und Mauretanien. Selbst ein senegalesischer Polizist kritisiert: „Die Grenzen,

die sie ziehen, spiegeln nicht das wahre Afrika wider". Während Westafrikaner*innen früher Grenzen problemlos passieren konnten, erschweren biometrische Pässe und strenge Kontrollen seit 2011 die Mobilität. Frontex agiert seit Langem in Westafrika, kooperiert mit der lokalen Grenzpolizei und übermittelt Migrationsdaten an die EU.

Die Migrationsrouten verschieben sich zunehmend nach Mauretanien, da die senegalesische Küste durch die Präsenz von Frontex und die Küste Tunesiens und Libyens durch verstärkte Überwachungsmaßnahmen kontrolliert werden. Pushbacks durch nordafrikanische Sicherheitskräfte beschleunigen diese Entwicklung. Wie eine Recherche[2] aus Mai 2024 zeigt, werden diese Maßnahmen durch EU-Finanzierung unterstützt und bewusst fortgeführt. Trotz der restriktiven Politik findet Migration weiterhin statt – allerdings über neue Routen.

Immer wieder begegnet einem im Senegal der Spruch: „La lutte contre la migration irregulière et/ou clandestine" („Die Bekämpfung der irregulären und/oder illegalen Migration"). Sowohl Staatsvertreter*innen als auch Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft folgen diesem Narrativ, das von der Europäischen Union importiert wurde und völlig unpassend zur mobilen Lebensweise der Menschen in der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) ist. Denn die Mitgliedsstaaten der ECOWAS haben sich 1979 auf ein Freizügigkeitsprotokoll geeinigt. Allein die Unterstützung durch EU-Gelder führt dazu, dass Organisationen dieses Narrativ übernehmen, denn diese Abhängigkeit von den Fördergeldern besteht nun mal. Die senegalesische Partnerorganisation von medico international namens Boza Fii wird als eine der wenigen Organisationen genannt, die sich diesem Narrativ widersetzt. Sie fordert die Regierung dazu auf, gegen die wahren Fluchtgründe zu kämpfen und sich nicht zum Grenzpolizisten der EU zu mausern.

Zurück bleiben die Angehörigen in Ungewissheit, Trauer und Scham

Trotz dieser Kontrollen versuchen Menschen, mit Pirogen die bis zu 2.000 Kilometer weite Überfahrt zu den Kanarischen Inseln zu wagen, was oft tödlich endet. Aminata Boye und Ndeye Fall Dièye leben beide in dem Fischerort Mbour, aus dem zahlreiche, insbesondere junge Menschen emigrieren. Es gibt keine*n Stadtbewohner*in, die*der nicht eine angehörige Person bei der Überfahrt verloren hat. „Barça wala Barsakh" (sinngemäß: „Ich komme an oder sterbe"), lautet ein bekannter Spruch im Senegal. Und dennoch besteht Scham unter den Familienmitgliedern darüber, dass die Person weg ist und die Überfahrt missglückt ist. Es herrscht ein kollektives Schweigen über den Schmerz, die Trauer und die Abwesenheit der Vermissten und Verstorbenen. Einige Betroffene sagen, sie wollen ihre Würde nicht verlieren.

Kaum einer der verstorbenen jungen Menschen hat sich vor der Abfahrt von seinen Müttern oder seiner Schwester verabschiedet. Die meisten sind eines nachts, als der Moment gekommen war, auf die *Piroge* gestiegen. Oft können die Leichname der Verstorbenen und Vermissten nicht gefunden werden. Das erschwert den Abschied einmal mehr. Zurück bleibt für viele nur die Erinnerung.

Aminata Boye hat am 22. Oktober 2020 ihren 19-jährigen Sohn Wally Mbaye bei der Überfahrt zu den Kanarischen Inseln verloren. Am Tag nach seiner Abfahrt hat sie sich sehr schwach gefühlt. Sie hat gespürt, dass ihrem Sohn etwas zugestoßen ist. „Mein Körper wusste, dass mein Sohn tot ist. Gott hat mich darüber aufgeklärt, dass mein Kind mir entkommen ist", gesteht sie sich ein. Ndeye Fall Dieye hat am 17. April 2024 ihren Bruder M'Baye Sall Dièye verloren, der 22 Jahre jung war und zu dem sie ein sehr enges Verhältnis pflegte: „Er war nicht nur mein Bruder, sondern auch ein enger Freund", betont Ndeye Fall Dieye. Auch sie beschreibt, dass sie nach der Abfahrt ihres Bruders gespürt habe, dass ihm etwas zugestoßen sei.

Zudem berichten alle Angehörigen davon, dass ihnen ihre toten Familienmitglieder in ihren Träumen begegnen. Aminata Boye schildert, dass ihr Sohn ihr in den Träumen sagt, sie solle nicht um ihn weinen. „Viele Familienmitglieder haben mir ebenso davon berichtet, dass sie von meinem Sohn geträumt haben", fährt sie fort. In dem Kollektiv „Collective des victimes des disparus " (deutsch: Kollektiv von Opfern der Verschwundenen), das Aminata Boye gegründet hat und leitet, sprechen sie ebenso über diese Träume. Es ist also ein Umgang mit der Trauer, sich mit anderen zu vernetzen und damit der Einsamkeit zu entkommen. Die Träume sind ein Weg dahin, den Tod und Verlust des Kindes zu akzeptieren: „Das Schwierigste ist, nicht zu erfahren, dass er gestorben ist, sondern es zu akzeptieren", unterstreicht Ndeye Fall Dieye.

Selbige schmerzvolle und schwere Stimmung nehme ich im Stadtteil Khorombane in St. Louis wahr, als ich mit Fatou Ndiaye über den Verlust ihrer Kinder spreche. Der Sohn von Fatou Ndiaye, Soleymane Ndiaye, ist mit 23 Jahren gestorben. Er lebte mit seinen Eltern und Geschwistern in Khorombane, einem Fischerort. Überall sieht man bunt bemalte Pirogen, die am Strand oder im Flussbett liegen. Der Ort ist eine Halbinsel; nur durch eine Brücke getrennt von der Altstadt. Eine Straße führt bis ans Ende des Küstenstadtteils, von ihr gehen immer wieder Wege ab, auf denen Kinder spielen, Wäsche getrocknet wird und kleine Verkaufsstände sind. Der Stadtteil ist voller Menschen und man fragt sich, wie all diese Personen in die Häuser passen. Einer engen Gasse folgend trifft man auf das Grundstück der Familie Ndiaye. Es besteht aus einem Innenhof, von dem verschiedene Türen abgehen, am Ende des Flures gelangt man ins Wohnzimmer. Ein leerer, kleiner Raum, in den wir vier Plastikstühle stellen, um uns zu unterhalten. Immer wieder beginnt Fatou Ndiaye zu weinen, der Schmerz um den Verlust ihres Sohnes sitzt tief.

Vor drei Jahren hat Souleyman sich eines Nachts auf den Weg gemacht. Er sah sich in der Verantwortung, für seine Familie sorgen zu müssen und hoffte darauf, Arbeit in Europa zu finden und seiner Mutter Geld zu senden, damit sie ein stabiles Haus für die Familie bauen lassen kann. Da sein Vater schon Jahre zuvor gestorben war und er der älteste unter den Kindern war, sah er sich mit der Verantwortung konfrontiert. Er habe immer wieder davon geredet, nach Spanien zu wollen, um dort Fußballer zu werden. Jedes Mal, wenn ihr Sohn nur zeitweise nach Mauretanien reiste, um dort zu arbeiten, und er nicht rechtzeitig wieder zurückgekehrt ist, habe sie sich Sorgen gemacht, erzählt Fatou Ndiaye. Eines Nachts hat sich diese Befürchtung bewahrheitet. Als er nach zwei Tagen immer noch nicht zu Hause aufkreuzte und seine Freunde ihn auch nicht gesehen hatte, wusste sie, dass er die *Piroge* genommen hat.

Souleyman Ndiaye ist von St. Louis gestartet und nicht weit gekommen. Denn kurz nach der Rausfahrt auf das Meer treffen der Fluss Senegal und der Atlantische Ozean aufeinander, es entsteht eine starke Strömung, hier kommen häufig Boote ins Schwanken und kentern. So ist es auch mit dem Boot geschehen, in dem Souleyman Ndiaye saß. Einige Körper sind an die Küste gespült worden. Seiner nicht. „Wir wurden von Gott auf die Welt gebraucht, warum lässt er uns sterben?!", fragt sich Fatou Ndiaye.

Karawane der Vermissten

Die medico-Partnerorganisation Boza Fii, gegründet von zurückgekehrten Migrant*innen und Menschenrechtsaktivist*innen, organisiert jährlich eine zehntägige Karawane für die Vermissten. Sie besuchen verschiedene Orte, bieten Gesprächsrunden an, um Angehörige aus ihrer Trauer zu holen, das Schweigen über den Verlust zu brechen und sie bei der Suche nach Antworten zu unterstützen. Ziel ist es, das Recht der Verschwundenen auf Identität und Würde sowie das Recht der Familien auf Wissen zu fördern.

Erst im November 2024 bereisten sie zum vierten Mal fünf verschiedene Orte im Senegal, um mit den Familien ins Gespräch zu kommen. Sie verbringen dazu zwei Tage an einem Ort, um durch Workshops, Gesprächsrunden und Filmvorführungen Familien zu sensibilisieren und aber auch zur Politisierung beizutragen.

Die Regionen Kolda, Tambacounda und Ziguinchor sind besonders von der Auswanderung betroffen, denn dort gibt es keine Perspektiven oder Jobs für die Jugend. „In Tambacounda haben wir den emotionalsten Moment durchlebt auf der ganzen Karawane", berichtet Saliou Diouf. Denn wahnsinnig viele Familien sind auf uns zugekommen, die verzweifelt nach ihren vermissten Familienmitgliedern suchen und von denen sie seit ihrer Abfahrt nichts mehr gehört haben. Der Schmerz tut weh und das Abschiednehmen fällt sehr schwer. Boza Fii unterstützt die Familien soweit es ihnen möglich ist dabei, die vermissten Familienmitglieder aufzufinden.

Migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben

Um ein würdevolles Leben für die Menschen im Senegal zu ermöglichen, müssten sie stabile Arbeits- und Lebensverhältnisse haben. Perspektiven müssen geschaffen werden, damit Menschen sich nicht gezwungen sehen, sich auf die lebensgefährliche Überfahrt zu begeben.

Doch die medico Partnerorganisation Boza Fii lässt sich nicht entmutigen, sie kämpfen weiter für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben!

Sie fordern wie auch andere Akteur*innen im Senegal Partnerschaften und Abkommen auf Augenhöhe: Die europäisch-afrikanischen Beziehungen sollten dem Prinzip „gagnant – gagnant" folgen, sodass beide Seiten davon profitieren würden.

Da es für viele Menschen aus (West-)Afrika nahezu unmöglich ist, ein Visum für Europa zu erhalten, setzen sie in dem Willen, das Beste für ihre Familien zu tun, auf die sogenannte klandestine Migration. Viele nehmen dabei das Risiko, zu sterben, bewusst in Kauf. Saliou Diouf von Boza Fii spricht von „gewaltvollem und intendiertem Mord", wenn Menschen auf der Überfahrt sterben. Doch das ermutigt ihn und seine Mitstreiter*innen nicht, ihre Arbeit in Solidarität mit Migrant*innen, Angehörigen von Vermissten und Zurückgekehrten fortzusetzen. Sie stehen ein: Für die Bewegungsfreiheit aller Menschen!

Leonie Jantzer arbeitet bei der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international als Referentin für Flucht und Migration. Als Mitglied des Alarme Phone Sahara und des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact verfolgt die Migrationsbewegungen innerhalb der Sahel-Sahara-Zone.

1. https://teneriffa-heute.info/kanarische-inseln-die-toedlichste-migrationsroute-der-welt
2. https://www.lighthousereports.com/investigation/desert-dumps/

Migration und die ständige Suche nach Selbstverbesserung in Afrika

WIE KOLONIALE KONTINUITÄTEN EINE NACHHALTIGE UND SOLIDARISCHE WELT BEHINDERN

Einleitung

Die Rolle von Migration für die Entwicklung Afrikas wird von Sicherheitsnarrativen überschattet, die sie als ein Problem darstellen, das gelöst werden muss. Einwanderungsfeindliche Stimmungen und übertriebene Darstellungen der afrikanischen Migration haben diese Ansicht befeuert. Afrika stellt jedoch nur 14 Prozent der weltweiten Migrant*innen, verglichen mit 41 Prozent aus Asien und 24 Prozent aus Europa. Trotzdem konzentrieren sich die westlichen Medien stark auf die afrikanische Migration nach Europa und führen sie oft auf Armut, Konflikte und Umweltzerstörung zurück. Dieser Artikel rückt jedoch einen afrozentristischen Blick auf Entwicklung in den Vordergrund und untersucht die komplexe, wechselseitige Beziehung zwischen Migration und Entwicklung. Diskussionen über diese Beziehung konzentrieren sich tendenziell auf die Entwicklungsvorteile für Afrika durch die Migration in den globalen Norden. Dieser Text weicht hiervon ab, indem er die Analyse erweitert, um die Migration in stabile afrikanische Volkswirtschaften einzubeziehen. Dies spiegelt die Heterogenität wider, die afrikanische Länder kennzeichnet. Wir plädieren dafür, dass die Debatte über den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung sowohl den Kontext der Herkunfts- als auch der Zielländer umfassen sollte.

Migration und Entwicklung in Afrika

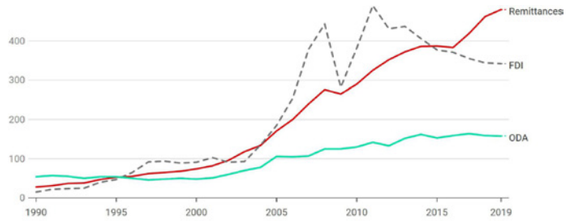
Die Wirkung von Migration in Afrika ist zweierlei, denn sie trägt sowohl zur Entwicklung bei, als dass sie diese auch behindert. Afrikanische Auswanderer*innen und die Diaspora sind Akteure, die sowohl den Frieden fördern als auch Konflikte schüren können, entweder durch Friedensprojekte oder durch finanzielle und logistische Unterstützung verfeindeter Parteien. Der Trend der Migrationsbewegungen geht von Entwicklungsländern in Industrieländer; Entwicklungsländer verzeichnen jedoch nicht die höchsten Auswanderungszahlen. Dies liegt daran, dass Migration ressourcengetrieben ist, was zuvor ein verbessertes Niveau in Bezug auf Fähigkeiten, Finanzen, Wissen und Netzwerke erfordert. Folglich ist ein Anstieg der Auswanderung in Entwicklungsländern im Allgemeinen eine Folge der Auswirkungen des Wirtschaftswachstums in armen Gebieten. Migration ist ein potenzieller Entwicklungsmotor sowohl in Ziel- als auch in Herkunftsländern, denn während Migrant*innen ihren produktiven Beitrag zur Wirtschaft am Zielort leisten, bringen sie auch Geld und Ideen mit, die für Familien und Gemeinschaften in den Herkunftsländern eine Ressource darstellen. Dies erfordert daher ein differenziertes Verständnis der dynamischen Beziehung zwischen Migration und Entwicklung.

Komponenten der Beziehungen zwischen Migration und Entwicklung in Afrika

Wie de Haas (2019) feststellte, fördert eine wirtschaftliche Entwicklung zunächst die Auswanderung. Dann nimmt sie jedoch mit zunehmendem Wohlstand wieder ab, wenn Länder den Status eines gehobenen mittleren Einkommens erreichen.

Die Entwicklung afrikanischer Länder, insbesondere in den Sektoren Öl und Kakao, hat zu einem Anstieg der Migrationsbestrebungen geführt, da die internationalen Migrationskosten hoch sind und nur durch verbesserte Beschäftigungsquoten und Lebensstandards finanziert werden können. Höhere Bildungsniveaus stehen in Zusammenhang mit höherer Migration, da die Zielländer eine jüngere Bevölkerung leichter aufnehmen können. Es wird jedoch erwartet, dass eine höhere Bildung, insbesondere bei Frauen, die Bevölkerungswachstumsraten und den demografischen Druck verringert. Beliebte Ziele afrikanischer Arbeitsmigrant*innen haben sich von Europa und Nordamerika hinaus auf die Golfregion und China ausgeweitet. Entwicklung ist durch verschiedene Faktoren mit Migration verknüpft, wobei sich die Literatur hauptsächlich auf Geldtransfers konzentriert. Behauptungen auf Makroebene sind jedoch aufgrund der vielen Störfaktoren, die die nationale Entwicklung bestimmen, eher haltlos. Dennoch haben sich Überweisungen im Vergleich zu ausländischen Direktinvestitionen und öffentlicher Entwicklungshilfe als weniger volatil und als verlässliche Einnahmequelle für Entwicklungsländer erwiesen, wie in Abbildung 1 dargestellt.

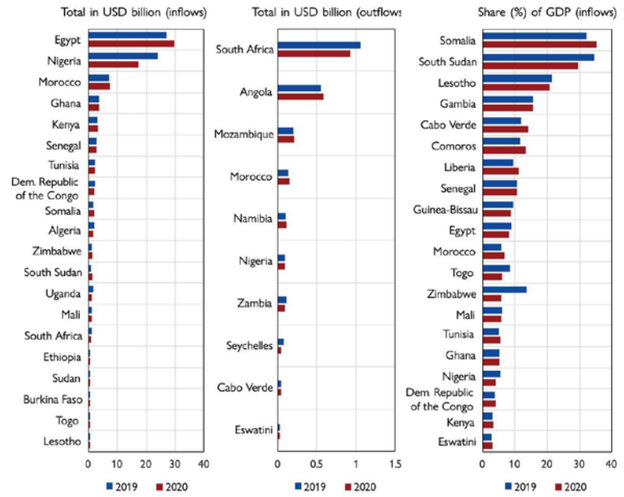
Abbildung 1: Einnahmen aus Überweisungen im Verhältnis zu ausländischen Direktinvestitionen und öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA)



Quelle: Barne and Pirlea (2019). Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD).

Wie Ratha (2010) feststellte, haben Geldüberweisungen erhebliche Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, stabilisieren Währungen, verringern Armut, stimulieren die Wirtschaftstätigkeit und unterstützen Devisenreserven. Sie können die Kreditwürdigkeit und die Tragfähigkeit der Auslandsverschuldung verbessern. Wie in Abbildung 2 dargestellt, variieren die Länder, die die höchsten Überweisungsbeträge erhalten, die Herkunftsländer und die Volkswirtschaften, die stark auf Überweisungen angewiesen sind, in Afrika. Länder wie Ägypten, Nigeria, Marokko, Ghana und Kenia sind die größten Empfänger, während Somalia, Südsudan, Lesotho, Gambia und Kap Verde am stärksten von Überweisungseinnahmen abhängig sind.

Abbildung 2: Top-Empfänger und Herkunftsländer afrikanischer internationaler Überweisungen, 2019 und 2020.



Quelle: World Bank.

Die physische Abwesenheit von Migrant*innen aus ihrem Heimatland wird oft als Verlust positiver externer Effekte angesehen. Ein Anreizeffekt deutet jedoch darauf hin, dass Familien in die Ausbildung ihrer Kinder investieren, in der Hoffnung auf eine zukünftige Auswanderung, was unbeabsichtigt das Humankapital steigert, da nicht alle letztendlich auswandern werden. Darüber hinaus generieren anhaltende Diaspora-Verbindungen durch Transfers, Rückwanderung und Teilnahme an Netzwerken Handel, technologischen Austausch und fördern institutionelle Normen. Soziale Transfers, wie von Migrant*innen vermittelte Denk- und Verhaltensweisen, werden als ebenso vorteilhaft für die Entwicklung angesehen wie Geldüberweisungen. Diese Lesart geht jedoch oft davon aus, dass Zielländer über überlegene Werte verfügen, die Migrant*innen automatisch übernehmen und in ihre Heimatländer übertragen – eine übermäßig vereinfachte und eurozentrische Darstellung. Es ergeben sich kritische Fragen hinsichtlich der Auswirkungen von Rückkehrmigrant*innen auf die Herkunftsgesellschaften, die von der Anfälligkeit für Veränderungen und dem Risiko der Übertragung negativer Verhaltensweisen aus den Zielländern abhängen.

Wie auch soziale Transfers sollen die politischen Transfers die Regierungsführung, Rechenschaftspflicht, Institutionen und Wahlbeteiligung verbessern, indem sie Migrant*innen demokratische Werte vermitteln. Rückkehrer*innen werden dafür gelobt, dass sie im Ausland gewonnene politische Erkenntnisse nutzen, um die Politik ihres Heimatlandes zu verbessern. Einige von afrikanischen Rückkehrer*innen geführte Regierungen sind jedoch von Korruption und Menschenrechtsverletzungen geplagt. Dennoch gibt es einen starken Zusammenhang zwischen der afrikanischen Diaspora, insbesondere der hochgebildeten Bevölkerung, und einer verbesserten Demokratie in Afrika.

Migration bietet auch ein erhebliches Potenzial für den Kompetenztransfer von afrikanischen Migrant*innen zu denen in ihren Heimatländern. Fachkräfte aus Ghana, Nigeria und Simbabwe migrieren häufig innerhalb oder außerhalb Afrikas, um sich in ihrem Fachgebiet zu spezialisieren. So erhalten beispielsweise Ärzt*innen eine Fachausbildung im Ausland, wo sie von moderner Ausrüstung profitieren, die in ihrem Heimatland nicht verfügbar ist. Sportmigrant*innen schließen sich professionellen Teams in Ländern wie Ägypten, Marokko oder Großbritannien an. Gesundheitspersonal und Arbeitsmigrant*innen entwickeln auch Fachwissen in Sektoren wie Bauwesen, Gastgewerbe und Landwirtschaft. Reakkreditierungsprogramme helfen zurückkehrenden Fachkräften bei der Wiedereingliederung und der Einbringung ihrer Fähigkeiten. Allerdings erwerben nicht alle

bessere Fähigkeiten, da es zu Dequalifizierung und Überproduktion von Fachkräften kommen kann, wenn hochqualifizierte Migrant*innen mit unpassenden Stellenangeboten konfrontiert sind.

Migration treibt ausländische Direktinvestitionen von Ausländer*innen und Diaspora-Mitgliedern an, fördert internationale Beziehungen und positioniert Migrant*innen als Akteure der sozioökonomischen Entwicklung in ihren Herkunftsländern. Sie nutzen ihre Netzwerke, um in afrikanische Nischenunternehmen wie Lebensmittelverarbeitung, Recycling und Tourismus zu investieren. Von Arbeitsattachés organisierte Wirtschaftsausstellungen und Roadshows steigern das Investitionsinteresse. Veranstaltungen wie Ghanas „Year of Return" ziehen einflussreiche Persönlichkeiten an und generieren erhebliche Investitionen, die fast 2 Mrd. US-Dollar zur Wirtschaft beitragen. Die Einwanderung spielt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung, da die Arbeitskräfte aus dem Ausland Qualifikationslücken in den Zielländern schließen. Während Migrant*innen oft vorgeworfen wird, Arbeitsplätze wegzunehmen, besetzen sie in der Regel offene Stellen, die Einheimische meiden oder aufgrund von Fachkräftemangel nicht besetzen können.

Gemäß der Theorie des dualen Arbeitsmarktes gibt es zwei Segmente: den primären Arbeitsmarkt für gut bezahlte qualifizierte Jobs und den sekundären Arbeitsmarkt für schlecht bezahlte, ungelernte Jobs, die oft von Migrant*innen besetzt werden. Qualifizierte afrikanische Migrant*innen sind jedoch auch auf dem primären Arbeitsmarkt der Zielländer zu finden, beispielsweise in Management- und Führungspositionen. Die beiden Märkte sind voneinander abhängig, und der Zugang zu sozialem Schutz und die Übertragbarkeit von Leistungen der sozialen Sicherheit sind entscheidend für das Wohlergehen der Migranten und ihre Fähigkeit, Geld in die Heimat zu überweisen, unabhängig davon, in welchem Markt sie arbeiten.

Fazit

Es ist eine unbegründete Annahme, dass die Mehrheit der Afrikaner*innen automatisch Europa als Ziel sieht, sollten sie die Möglichkeit zur Migration haben. Wir würdigen den kritischen Beitrag von Wissenschaftler*innen wie Ndlovu-Gatsheni, der feststellt, dass afrikanische Entwicklung aus Marcus Garveys Perspektive als konstante und konsequente afrikanische Suche nach Selbstverbesserung definiert werden kann. Wir betrachten daher afrikazentrierte Entwicklung als aufbauend auf den Argumenten von Ökonomen wie Sen, der Entwicklung mithilfe des „Fähigkeitsansatzes" konzeptualisiert und argumentiert, dass es sich um „den Prozess der Ausweitung der wirklichen Freiheit handelt, die die Menschen genießen". Entwicklung wird daher als ein Instrument angesehen, das es den Menschen ermöglicht, ihr höchstes Potenzial zu erreichen, indem sie frei sind, das Leben zu leben, das sie führen möchten.

Wir kommen zu dem Schluss, dass Geldüberweisungen das Potenzial haben, die Entwicklung in Afrika zu fördern. Dies hängt jedoch von den Umgebungen ab, in denen Migration und Geldüberweisungen stattfinden. Ebenso werden sozialen Transfers mögliche Verbesserungen von Gewohnheiten, Einstellungen und Sozialkapital zugeschrieben, die die Entwicklung unterstützen könnten. Wir kritisieren jedoch die deterministische und eurozentristische Annahme, dass in europäischen Zielländern überlegene Werte und Normen vorherrschten und afrikanische Migrant*innen diese aufnehmen und auf einen inhaltslosen Kontinent übertragen würden, der frei von Entwicklungswerten sei. Darüber hinaus kommen wir zu dem Schluss, dass politische Überweisungen positiv mit Verbesserungen der Demokratie in Afrika verbunden sind. Dennoch warnen wir vor der pauschalen Annahme eines positiven Zusammenhangs, da wir feststellen, dass einige politische Überweisungen gleichermaßen zu Chaos, politischem Aufruhr und Korruption beitragen. Ähnlich wie bei den Argumenten rund um soziale Überweisungen werden Kompetenztransfers von Migranten als fortschrittlich und entwicklungsfördernd gepriesen. Wir weisen jedoch auf die möglichen Auswirkungen von Brain Drain, Dequalifizierung und Brain Waste hin, die eine wachsende Zahl afrikanischer Migrant*innen betreffen. Letztlich kommen wir zu dem Schluss, dass die Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung in den verschiedenen Regionen und Ländern Afrikas unterschiedlich sind, je nach Umgebung, in der Migration stattfindet, und dass Migration die Selbstverbesserung anspornt, so wie Selbstverbesserung die Migration erleichtert.

Von Leander Kandilige, Geraldine Asiwome Ampah und Theophilus Kwabena Abutima

Die Autor*innen forschen an den Universitäten Ghana und Universität für Entwicklungsstudien in Ghana in den Fachbereich Migrationsforschung und Soziologie.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine angepasste Version eines ursprünglich längeren Textes. Das Original ist veröffentlich in African Human Mobility Review, online: https://www.ajol.info/index.php/ahmr/article/view/281306 Vol. 10 No. 1 (2024) und beinhaltet alle Literaturangaben, die für diese gekürzte Fassung ausgelassen wurden.

Eine neue Saison der Migration aus dem Sudan

Migration ist möglicherweise das erste soziale Gemeinschaftswerk, das die Menschheit je erlebt hat. Eine kürzlich vom Big Data Institute der Universität Oxford veröffentlichte genetische Studie rekonstruierte den größten phylogenetischen Stammbaum der Menschheit mit Proben von rund 27 Mio. Vorfahren aller Nationen, die vor Tausenden bis Hunderttausenden von Jahren lebten. Die Studie kam zu dem Schluss, dass die Herkunft der Großeltern unserer Vorfahren bis in den Sudan zurückverfolgt werden kann. Sie lebten vor über einer Million Jahren rund 400 km nördlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum.

Was veranlasste die Menschen damals, die Region des heutigen Sudan zu verlassen? Naturkatastrophen, Klimaveränderungen, Mangel an natürlichen Ressourcen? Überbevölkerung oder vielleicht Politik und Konflikte? Wir kennen vielleicht nicht die genauen Gründe, aber wir wissen, dass sich die Geschichte immer wiederholte, zumindest für die Menschen, die im Sudan lebten. Aus diesem Grund schreibe ich diesen Artikel, um die Menschen darüber zu informieren und darüber zu sprechen, was derzeit dort geschieht.

Der Sudan ist eines der größten Länder des afrikanischen Kontinents. Er liegt im nordöstlichen Teil des Kontinents und umfasst rund 1,9 Mio. Quadratkilometer. Im Jahr 2021 lebten schätzungsweise 45,7 Mio. Menschen im Sudan, davon 47 Prozent Kinder unter 18 Jahren und 50 Prozent Frauen aller Altersgruppen.

Schon vor Beginn des Krieges war der Sudan eines der ärmsten Länder der Welt. Statistiken aus dem Jahr 2022 zufolge lebten die 46 Mio. Einwohner*innen des Sudan von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 750 US-Dollar. Seit dem Ausbruch des jüngsten Konflikts im Sudan vor etwa 19 Monaten hat sich die Lage verschlechtert und die Wirtschaft ist um 40 Prozent geschrumpft.

Bilder, die sich in den Kopf einbrennen

Ich besuchte den Sudan zusammen mit Alight – dem früheren American Refugees Committee – im Jahr 2014. Schon damals verschlechterte sich die politische und wirtschaftliche Lage des Landes und man konnte spüren, dass früher oder später ohnehin eine größere Veränderung eintreten würde. Die meiste Zeit verbrachte ich als WASH-Beauftragter (Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene) in verschiedenen Lagern und Dörfern für Binnenflüchtlinge in Darfur im Westen des Landes. Die Bilder dieses einen Herbstes, den ich im Sudan verbrachte, sind mir nie aus dem Kopf gegangen. Üppige Mangoplantagen, endlose Viehherden und strömender Regen zusammen mit Tausenden von Menschen, die unter den Konflikten und politischen Unruhen litten, die vielleicht schon anderthalb Jahrzehnte zuvor begonnen hatten. Für jemanden wie mich, der zu einer Generation von Sudanes*innen gehört, die in der Diaspora geboren wurden, war es ein Leichtes zu erzählen, wie die Flucht aus dem Sudan, d. h. die Migration, mir ein anderes Leben und einen anderen Weg eröffnete als denjenigen, die zu Hause geblieben waren. Ich fragte die kleinen Mädchen in den Lagern von Darfur, was sie werden wollten, wenn sie groß sind. Sie kicherten und antworteten schüchtern: Wir möchten so werden wie Sie, Lehrerin, Ärztin, Krankenschwester, irgendjemand, der den Menschen im Sudan helfen kann.



Der Aufruf, nicht wegzusehen, der einfach nicht an Aktualität verlieren will. Hier bei einer Demonstration 2010 in den USA. (CC BY-NC-ND 2.0)

Machtkämpfe und Flucht

2019 forderten große Proteste im Land ein Ende der drei Jahrzehnte währenden Herrschaft des am längsten amtierenden Präsidenten Omar al-Bashir, der 1989 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Seit seiner Unabhängigkeit haben nur Bolivien und Argentinien den Sudan in der Anzahl der Putschversuche übertroffen, was ein deutliches Zeichen für die politische Fragilität des Staates ist.

Nach den sudanesischen Protesten im Jahr 2019 kämpften die Zivilist*innen weiterhin für die Einführung der Demokratie. Sie hatten keine Ahnung, wie sich die politische und sicherheitspolitische Lage im Land in den folgenden Jahren entwickeln würde. Nach einigen Jahren der Verhandlungen und dem Versuch, eine zivil-militärische Übergangsregierung zu bilden, übernahm das Militär die Macht und verdrängte die zivilen Mitglieder der Übergangsregierung. Dann kam es zu Machtkämpfen zwischen den Sudanese Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), die sich im April 2023 zu einem groß angelegten Konflikt ausweiteten und seither andauern.

Es geht hier nicht darum, die politischen Gründe für den Konflikt zu erörtern, sondern um über die Menschen im Sudan zu sprechen. Sie sind die Hauptopfer in diesem Konflikt. Die schrecklichen Geschichten über die Bedingungen, denen die einfache sudanesische Bevölkerung ausgesetzt ist, sind ein wahrer Alptraum und die Situation im Sudan ist katastrophal. Das Gesundheitssystem ist völlig zusammengebrochen, die Krankenhäuser haben sich in Friedhöfe verwandelt, die Menschen sterben an Hunger. Wer starb, hatte niemanden, der sie oder ihn beerdigen konnte, ihre Körper wurden streunenden Hunden zum Fraß vorgeworfen. Tausende von Frauen wurden vergewaltigt, und bestimmte Bevölkerungsgruppen wurden zur Zielscheibe von ethnischen Säuberungen und Völkermorden.

Zurzeit gibt es keinen sicheren Ort im Sudan, der offiziell zum Schauplatz der weltweit größten Flüchtlingskrise des Jahres wurde. Mehr als 150.000 Menschen wurden getötet, 11 Mio. Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben, während mehr als 3 Mio. Menschen in Nachbarländern wie dem Tschad, Südsudan, Äthiopien und Ägypten Zuflucht gesucht haben. Fast die Hälfte von ihnen sind Frauen und mehr als ein Viertel sind Kinder unter fünf Jahren. Man geht davon aus, dass jede*r zweite Sudanes*in um die Mindestmenge an Lebensmitteln kämpft, die zum Überleben notwendig ist. In diesem vom Krieg zermürbten Land zeichnet sich wahrlich eine Hungersnot ab.

Darüber hinaus benötigt die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung dringend sofortige Hilfe, da sie weder Zugang zu sauberem Wasser noch zu medizinischer Versorgung hat. Obwohl auf den Märkten Lebensmittel zu astronomischen Preisen angeboten werden, können sich die Menschen diese nicht leisten, da sie auf der Flucht alles verloren haben, auch ihre Lebensgrundlage. Außerdem dehnt sich der Konflikt auf die landwirtschaftlichen Gebiete im Osten des Landes aus, was die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln bedroht und gleichzeitig die Zahl der Vertriebenen erhöht. Hilfsorganisationen beklagen sich seit langem darüber, dass sie aufgrund von Sicherheitsbedrohungen und Straßensperren nur sehr eingeschränkt in der Lage sind, lebenswichtige Güter wie Nahrungsmittel an die Bedürftigen zu liefern.

Drehscheibe für Migration

Der Konflikt im Sudan könnte weitere Auswirkungen nicht nur auf die Nachbarländer, sondern auch auf den europäischen Kontinent und darüber hinaus haben. Denn der Sudan ist das zweitgrößte Aufnahmeland für Flüchtlinge in Afrika und damit eine wichtige Drehscheibe für Migrant*innen aus ganz Afrika. Als Herkunfts-, Transit- und Zielland liegt der Sudan im Zentrum der Migrationsrouten, die Ost- und Westafrika mit dem Mittelmeer und Europa, den arabischen Golfstaaten und dem südlichen Afrika verbinden. Bis Ende 2022 beherbergte der Sudan eine der größten Flüchtlingspopulationen in Afrika. Mehr als 99 Prozent der 1,1 Mio. im Sudan aufgenommenen Flüchtlinge stammen aus dem Südsudan, Eritrea, Syrien, Äthiopien und der Zentralafrikanischen Republik. Die meisten dieser Flüchtlinge sind auf dem Weg nach Europa. Sudanesische Flüchtlinge füllen zusammen mit Personen aus Afghanistan, Syrien, Irak und Eritrea die Lager im französischen Calais. Vor allem die sudanesischen Flüchtlinge machen 60 Prozent der Passagiere eines kleinen Bootes aus, das versucht, Calais zu verlassen und den Ärmelkanal zu überqueren. Nicht zu vergessen, dass die Globalisierung, bessere Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone und soziale Medienplattformen sowie bessere Transportwege es den Migrant*innen ermöglichen, viel weiter zu ihren Zielorten zu reisen. Da Flüchtlinge ein wichtiger Faktor in der europäischen und amerikanischen Politik sind und die Beziehungen zu den Verbündeten beeinflussen, sollte der Krieg im Sudan von der westlichen Welt weder ignoriert noch als interne Angelegenheit betrachtet werden.

Wenn ich über den Sudan und Migration nachdenke, muss ich an den berühmten arabischen Roman „Season of Migration to the North“ (dt. „Zeit der Nordwanderung“) des verstorbenen und international anerkannten sudanesischen Schriftstellers Altayeb Salih denken. Obwohl der Roman vor über 60 Jahren geschrieben wurde, ist er auch heute noch sehr aktuell. Es ist eine Geschichte über Hoffnung, Ehrgeiz und den Wunsch, für eine Ausbildung oder eine bessere Zukunft nach Europa auszuwandern, gepaart mit dem Verlust des Zugehörigkeitsgefühls, Identitätskämpfen und Heimweh. Ob vor einer Million Jahren oder heute, es scheint, als würde sich die Geschichte wiederholen – in einer weiteren Zeit der Migration aus dem Sudan.

Von Dr. Marwa Shumo

Die Autorin ist assoziierte Forscherin am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn.

Der Golf bietet Arbeit, Europa bietet Warten

DIE DEZENTRALISIERUNG EUROPAS AUS DER AFRIKANISCHEN MIGRATIONSGESCHICHTE – ÄTHIOPIER*INNEN IN DEN ARABISCHEN GOLFSTAATEN

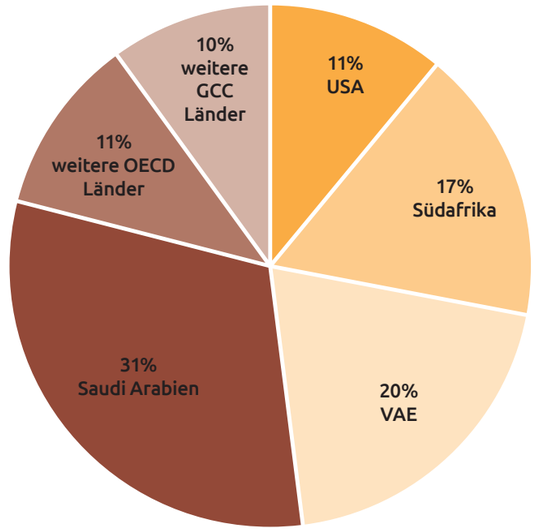
Die Entwicklung von afrikanischer Migration zeigt eine tiefgreifende Verschiebung der bevorzugten Ziele afrikanischer Migrant*innen, wobei Regionen wie die Länder des Golfkooperationsrates (GCC) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Verschiebung signalisiert eine entscheidende Dezentrierung Europas in der afrikanischen Migrationsgeschichte und wirft ein Licht auf die alternativen Migrationswege, die sich aufgrund spezifischer wirtschaftlicher und soziopolitischer Faktoren herausgebildet haben.

Die Aussage „Der Golf bietet Arbeit, Europa bietet Warten“ fasst die pragmatischen Entscheidungen zusammen, die viele äthiopische Migrant*innen treffen, wenn sie sich auf ihre Reise begeben. Dieses Zitat stammt aus einem Interview, das ich mit Abeba geführt habe, einer 27-jährigen äthiopischen Wanderarbeiterin, die jetzt als Haushaltshilfe in den Vereinigten Arabischen Emiraten arbeitet. Im Rückblick auf ihre Migrationsreise erzählte Abeba von den Entscheidungen und Überlegungen, die sie dazu brachten, die Golfregion Europa vorzuziehen. Für sie ging es bei der Entscheidung nicht nur um Träume, sondern auch um unmittelbare Realitäten. „Ich habe zwei jüngere Geschwister zu versorgen“, erklärte sie. „Es könnte Jahre dauern, bis ich in Europa Erfolg habe – wenn es überhaupt klappt. Dubai? Dort könnte ich innerhalb weniger Monate ein Visum bekommen und sofort anfangen, Geld zu verdienen.“

Ihre Entscheidung wurde durch ihre Lebensumstände bestimmt. Abebas Bestrebungen stimmten auch mit dem überein, was die Golfregion zu bieten hatte. Sie suchte nicht den langen, unsicheren Weg zur Staatsbürgerschaft oder zur dauerhaften Niederlassung, den eine Auswanderung nach Europa mit sich bringen könnte. Stattdessen legte sie Wert auf kurzfristige finanzielle Stabilität, die durch die strukturierten, wenn auch starren Arbeitsmigrationsprogramme der Golfstaaten erreicht werden konnte. „Am Golf gibt es Jobs für Leute wie mich“, bemerkte sie und bezog sich dabei auf die Nachfrage nach Haushaltshilfen und Angestellten im Dienstleistungssektor, die weniger formale Qualifikationen erfordern, aber ein festes Einkommen versprechen.

Ihre Geschichte spiegelt ein allgemeines Muster unter äthiopischen Migrant*innen wider: Für Migrant*innen wie Abeba ist die Golfregion ein greifbarer Plan, ein gangbarer Weg zu finanzieller Unabhängigkeit und familiärer Unterstützung. Ihre Reise lädt uns dazu ein, das vorherrschende Migrationsnarrativ zu überdenken.

Migrationsmuster von Äthiopier*innen nach Hauptzielen in prozentualen Anteilen (letzte 5 Jahre)



Quelle: 2021 Joint Survey Report der IOM und der Äthiopischen statistischen Zentralargentur

Das Diagramm veranschaulicht die Migrationsmuster Äthiopiens in den letzten fünf Jahren und verdeutlicht den beträchtlichen Zustrom äthiopischer Migrant*innen in Nicht-OECD-Länder, insbesondere innerhalb des GCC-Staaten und nach Südafrika.

Dieses Muster stellt den vorherrschenden Diskurs in Frage, wonach die afrikanische Migration in erster Linie auf Europa und den „globalen Norden“ abzielt. Stattdessen unterstreicht es die Bedeutung der Süd-Süd-Migration, bei der afrikanische Migrant*innen zunehmend in nahegelegene oder wirtschaftlich zugängliche Länder des Globalen Südens umsiedeln. Südafrika allein zieht 17 Prozent der äthiopischen Migrant*innen an und ist damit ein wichtiges re-

gionales Zielland. Ein solches Migrationsmuster spiegelt die miteinander verknüpften wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen innerhalb des Globalen Südens wider, insbesondere zwischen Ostafrika und dem Nahen Osten, die durch Beschäftigungsmöglichkeiten, regionale Arbeitsabkommen und soziokulturelle Verbindungen entstehen.

Dieser Trend legt nahe, dass das Migrationsnarrativ afrikanischer Migration neu formuliert werden muss, um der wachsenden Bedeutung der Süd-Süd-Migration Rechnung zu tragen. Es betont die Handlungskompetenz von Migrant*innen bei der Wahl alternativer, praktischer Wege. Das Phänomen unterstützt einen breiteren konzeptionellen Wandel in der Migrationsforschung, weg von einem eurozentrischen oder nordzentrischen Rahmen, um das gesamte Ausmaß der afrikanischen Migrationsdynamik zu verstehen, die Rolle regionaler Knotenpunkte anzuerkennen und zu erforschen, wie diese Muster die wirtschaftlichen und sozialen Landschaften im Globalen Süden prägen können.

Strukturelle Faktoren für den Wandel

Das Kafala- oder Sponsorensystem ist für das Verständnis dieses Trends von zentraler Bedeutung. Das in den GCC-Ländern einzigartige Kafala-System überträgt den Arbeitgebern die Kontrolle über die Visa der Arbeitnehmer*innen und verknüpft die Arbeitsmigration mit dem Sponsoring durch den Arbeitgeber. Dieses Modell hat den GCC-Arbeitsmarkt zugänglicher gemacht, mit weniger Bürokratie für gering qualifizierte und angelernte Arbeitskräfte. Im Gegensatz zu den komplexen und oft restriktiven Einwanderungsregelungen der Europäischen Union bietet das Kafala-System einen vereinfachten Zugang zu Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen. Obwohl das System insbesondere in Bezug auf den Schutz und die Arbeitsrechte der Migrant*innen kritisch zu sehen ist, bietet es einen Weg, der erschwinglich und auf das Profil der meisten äthiopischen Migrant*innen abgestimmt ist. Im Folgenden sind einige spezifische Gründe aufgeführt, die diesen Wandel erklären.

Erhöhte Nachfrage und Zugänglichkeit des GCC-Arbeitsmarktes

Das rasche Wirtschaftswachstum in den Golfstaaten hat eine Nachfrage nach Arbeitskräften in Sektoren wie Hausarbeit, Bauwesen und Logistik geschaffen, die traditionell auf Wanderarbeit angewiesen sind. Äthiopische Migrant*innen besetzen diese Stellen und finden aufgrund der hohen Fluktuation und der kontinuierlichen Nachfrage in diesen Sektoren oft relativ schnell einen Job. Im Vergleich zur EU, wo der Zugang oft nur qualifizierten Fachkräften vorbehalten ist, ist der Arbeitsmarkt des Golf-Kooperationsrates auch für Migrant*innen mit geringer formaler Qualifikation zugänglich.

Flexible und informelle Beschäftigungsmöglichkeiten

Die GCC-Länder bieten einen flexibleren und informelleren Arbeitsmarkt als Europa, wo formelle Arbeitsvorschriften und Schutzmaßnahmen strikt durchgesetzt werden. Migrant*innen in den GCC-Staaten können außerhalb der offiziellen Kanäle eine Beschäftigung finden. Das schafft eine Nische für undokumentierte oder halbformale Arbeitsverhältnisse. Dies setzt die Migrant*innen zwar potenzieller Ausbeutung aus, ermöglicht es aber auch Personen ohne formale Qualifikationen, eine Beschäftigung zu finden. Dieser Aspekt trifft auf viele zu, die nicht über die offiziellen Qualifikationen oder Sprachkenntnisse verfügen, die auf dem europäischen Arbeitsmarkt üblicherweise verlangt werden.

Etablierte Migrantennetzwerke

Robuste transnationale Netzwerke innerhalb der GCC-Region erleichtern die Migration von Äthiopier*innen. Diese Netzwerke beruhen auf etablierten Gemeinschaften und bieten entscheidende Unterstützung, von finanzieller Hilfe bis hin zu praktischer Anleitung. Damit erleichtern sie die anfänglichen Hürden, die Migrant*innen in neuen Ländern überwinden müssen. Mit diesen Netzwerken finden Äthiopier*innen in den GCC-Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Saudi-Arabien nicht nur eine wirtschaftliche Lebensader, sondern auch ein soziales Unterstützungssystem, das ihnen hilft, das Leben in ihren Gastländern besser zu meistern. Dieser kollektive Netzwerkeffekt verstärkt die Anziehungskraft der Golfstaaten mit zunehmend wachsenden Migrationspfaden.

Niedrigere Migrationskosten und Verfügbarkeit legaler Wege

Die Migration in die Golfstaaten ist aufgrund geringerer Reisekosten und weniger bürokratischer Hürden oft günstiger als die Migration nach Europa. Legale Migrationswege, insbesondere für einheimische und ungelernte Arbeitskräfte, sind in Form von Personalvermittlungsagenturen verfügbar. Sie verlangen oft geringere Gebühren als in der EU. Diese Zugänglichkeit steht in krassem Gegensatz zu den europäischen Visaverfahren, die häufig komplex, zeitintensiv und kostspielig sind. Dieser Unterschied macht den GCC zu einer attraktiveren Option für diejenigen, die durch Migration eine sofortige wirtschaftliche Entlastung suchen.

Geografische und kulturelle Nähe

Für Arbeitsmigrant*innen spielt die geografische Nähe eine wichtige Rolle. Die Golfregion ist relativ nah, was Reisekosten und Transitzeiten reduziert. Darüber hinaus erleichtern kulturelle und religiöse Ähnlichkeiten mit den Golfstaaten – wie gemeinsame islamische Bräuche – den Anpassungsprozess und helfen äthiopischen Migrant*innen, sich leichter in soziale Netzwerke zu integrieren. Dieses Gefühl der gemeinsamen Identität erstreckt sich oft auch auf die Unterstützung der Gemeinschaft und fügt den praktischen Vorteilen der Nähe eine emotionale Ebene hinzu.

Staatliche Umlenkung und Strukturierung von Migrationswegen

In den letzten Jahren haben wachsende bilaterale Arbeitsabkommen und eine verstärkte Migrationsdiplomatie zwischen afrikanischen Ländern und GCC-Staaten eine entscheidende Rolle dabei gespielt, diesen Wandel hin zum Golf als bevorzugtes Migrationsziel zu erleichtern. Diese Abkommen schaffen strukturierte Rahmenbedingungen, die die Anwerbung und den Schutz von Wanderarbeiter*innen, darunter aus Äthiopien, vereinfachen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Arbeitskräftebedarf in den GCC-Ländern über zuverlässige Kanäle gedeckt wird. Sie enthalten oft spezifische Bedingungen zu Anwerbungsgebühren, Arbeitsbedingungen und Überweisungsströme, die alle darauf abzielen, sowohl den Herkunfts- als auch den Empfangsländern zugute zu kommen.

Das verstärkte diplomatische Engagement zwischen afrikanischen Ländern und den Golfstaaten unterstreicht die Bedeutung der Migrationsdiplomatie als Strategie für eine für beide Seiten vorteilhafte Wirtschaftskooperation. Die GCC-Länder erkennen die strategische Bedeutung der Anwerbung von Arbeitskräften aus afrikanischen Ländern zur Aufrechterhaltung ihrer Infrastrukturprojekte, des häuslichen Pflegebedarfs und der Dienstleistungsbranche an, während die afrikanischen Regierungen diese Möglichkeiten als Mittel zur Bekämpfung der lokalen Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung von Geldüberweisungen betrachten. Diese für beide Seiten vorteilhafte Dynamik hat zu diplomatischen Initiativen und Richtlinien geführt, die der Arbeitsmigration als Bestandteil der Außenbeziehungen Priorität einräumen. So stellt beispielsweise der jüngste Doha-Dialog zwischen GCC-Staaten und afrikanischen Ländern vom 21. bis 22. Mai 2024 einen weiteren wichtigen Schritt bei der staatlich gelenkten Neuausrichtung der Migrationswege dar. Der Dialog brachte Arbeitsminister und Experten aus 33 teilnehmenden Ländern zusammen, darunter Jordanien, Libanon und 25 afrikanische Länder.

Diese bilateralen und multilateralen Rahmenbedingungen stärken auch das Vertrauen der Migrant*innen in die GCC-Länder, da sie ein gewisses Maß an offizieller Aufsicht bieten, wenn auch mit unterschiedlichem Durchsetzungsgrad. Durch die Institutionalisierung der Arbeitsmigrationsrouten mindern diese Abkommen einige der mit unregulierter Migration verbundenen Risiken und machen die Reise in die GCC-Länder für äthiopische und andere afrikanische Migrant*innen zugänglicher und attraktiver. Dies steht im Gegensatz zu Migrationswegen nach Europa, wo das Fehlen ähnlicher Abkommen für ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte Barrieren für potenzielle Migrant*innen schafft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die wachsende Zahl bilateraler Arbeitsabkommen und eine proaktive Migrationsdiplomatie zwischen afrikanischen Staaten und den GCC-Staaten die Grundlage für eine strukturierte, groß angelegte Migration geschaffen haben, die sowohl (vergleichsweise, d.Red.) sicher als auch wirtschaftlich lohnend ist.

Dezentrierung des Narrativs: Was wir gelernt haben

Dieser Wandel, der durch persönliche Berichte der Migrant*innen, quantitative Indikatoren und strukturelle Faktoren belegt wird, stellt die Annahme in Frage, dass afrikanische Migration in erster Linie ein Phänomen ist, das von Süd nach Nord verläuft und sich auf Europa oder Nordamerika konzentriert. Stattdessen wird ein wachsender Trend der Süd-Süd-Migration deutlich, da äthiopische Migrant*innen – wie auch viele aus anderen afrikanischen Ländern – aufgrund von Erreichbarkeit, Nachfrage und Chancen innerhalb des globalen Südens neue Wege einschlagen. Dieser aufkommende Trend unterstreicht die Notwendigkeit, Migrationsnarrative neu zu bewerten und die wirtschaftlichen und soziopolitischen Faktoren anzuerkennen, die Migrant*innen zu alternativen Zielen außerhalb Europas treiben. Wenn wir die Beweggründe für diesen Wandel verstehen, erhalten wir einen umfassenderen Blick auf die afrikanische Migrationsdynamik und einen tieferen Einblick in die Entscheidungsprozesse, die diese Migrationsströme prägen.

Von Saleh Seid Adem

Saleh Seid Adem ist Doktorand an der Universität zu Köln und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arba Minch University in Äthiopien.



Der europäische Blick auf Migration im südlichen Afrika: Tiere statt Menschen. (Foto: CC BY-NC-ND 2.0)

The Big Hustle – Leben zwischen Simbabwe und Südafrika

Simbabwe gilt als Failed State. Autokratie, Korruption und Hyperinflation haben das Land in eine Dauerkrise gestürzt, die nun schon seit Jahrzehnten anhält. Millionen Bürgerinnen und Bürger leben im Ausland. Eine Reportage über den alltäglichen Überlebenskampf.

Esther wühlt sich durch eine Auslage mit einzeln in Plastik verpackten Jogginganzügen. Zehn Stück in verschiedenen Größen und Farben hat sie ausgesucht. Nicht für sich und ihre Familie, sondern für eine Kundin in ihrer Heimat Simbabwe. Vor fünf Jahren ist Esther ins Nachbarland Südafrika gezogen, so wie Schätzungen zufolge eine Million Simbabwer*innen. „Ich wurde arbeitslos und fand einfach keinen Job", sagt die 33-Jährige. Nun ist sie jedes Wochenende in den kleinen Billigläden im Zentrum der Hafenstadt Durban unterwegs. Sie bezeichnet sich als *Runner*, eine Art weiblicher Laufbursche. Kundinnen schicken ihr Bestellungen und Geld, sie kauft ein, kassiert 15 Prozent Provision und kümmert sich um den Versand. „Das ist mein Hustle am Wochenende", sagt sie. Während der Woche putzt sie das Haus einer Familie in einem wohlhabenden Vorort. „Es ist hart, keinen Tag frei zu haben. Ich bin immer sehr müde", sagt Esther. Deshalb hilft ihr Mann Tendai, so oft er kann.

Tendai kommt auch aus Simbabwe und lebt schon seit zwölf Jahren in Durban. Auch er kam, um Arbeit zu finden. „Ich bin der Ernährer der Familie, der älteste Sohn", erzählt er. Seine Eltern waren gestorben, er musste für seinen Bruder und seine Schwestern sorgen und war selbst gerade Vater eines kleinen Sohns geworden. Er sah keine andere Möglichkeit, als im Nachbarland Südafrika nach Arbeit zu suchen. Zuerst illegal, ohne Pass, ohne Geld. Spontan, mit Hilfe eines Freundes, der das Busticket und die erste Unterkunft für ihn bezahlte – ein Stockbett in einem Zimmer mit zehn anderen Männern. „Es gab damals großen Druck von den Einwanderungsbehörden. Leute ohne Papiere wurden von der Polizei festgenommen und es gab fremdenfeindliche Übergriffe von Einheimischen", erinnert sich Tendai.

In den Jahren 2008 und 2015 waren sie eskaliert. Menschen wurden umgebracht, Läden in Brand gesteckt und auch hier in der Innenstadt von Durban regelrecht Jagd auf Ausländer gemacht. Die Gewalt flammt bis heute immer wieder sporadisch auf, Einwanderern aus anderen afrikanischen Ländern wird vorgeworfen, Südafrikanern die Jobs wegzunehmen, die Frauen auszuspannen und die Sozialsysteme auszunutzen. Damit habe er auch „ein paar Erfahrungen gemacht", sagt Tendai. Insgesamt sei die Situation heute jedoch besser als damals. Er und seine Frau wohnen in einem kleinen Zimmer, Dusche und Toilette teilen sie sich mit mehreren anderen. Die Miete frisst allerdings fast die Hälfte von Esthers Gehalt als Reinigungskraft. Auch einen Pass hat Tendai jetzt – aber weiterhin keine Arbeitserlaubnis. Die beiden erneuern alle drei Monate ihr Besuchervisum. „Es gibt Leute, die sich darum kümmern, dass der Pass einen Ausreise- und neuen Einreisestempel bekommt", sagt Tendai, bevor er mit seiner Frau im nächsten Laden verschwindet.

In Simbabwe schaut Alice von ihrer Haustür auf die staubige Straße. Es ist Nachmittag in Chitungwiza, in der Nähe der Hauptstadt Harare. Alice, eine schlanke 57-Jährige denkt an ihren verstorbenen Mann. „Früher war das hier ein schönes Viertel für Lehrer, Soldaten und Polizisten", sagt sie, aber das sei lang her. Viele ihrer Nachbarn sind weggezogen, Wasser und Strom gibt es nur stundenweise. Angesichts der Dauerkrise in Simbabwe, Misswirtschaft, Arbeitslosigkeit und wiederkehrenden Wellen von Hyperinflation war auch Alice 2006 nach Südafrika gezogen. „Mein Mann war Lehrer. Sein Gehalt war damals in Euro umgerechnet nur noch etwa 50 Cent wert – weil es in Simbabwe Dollar gezahlt wurde. Wir konnten uns die Schulgebühren für unsere drei Kinder nicht mehr leisten. Es war sogar schwer eine ordentliche Mahlzeit auf den Tisch zu bekommen."

In Südafrika arbeitete Alice als Reinigungskraft und Nanny, erst in Johannesburg, dann in Kapstadt. Und das ganz legal. Alice hatte ein Sondervisum, so wie etwa 180.000 ihrer Landsleute. Seit einigen Jahren wird es nicht mehr ausgestellt, ebenso lange gibt es juristischen Streit um eine Verlängerung. „Ich wollte nicht darauf warten, dass sie mich rausschmeißen. Wir haben ja 2008 erlebt, wie die Fremdenfeindlichkeit eskalieren kann. Ich habe viele Menschen gesehen, die alles verloren haben, einige sogar ihr Leben. Ich hatte also Angst", sagt Alice. Seit April letzten Jahres ist sie zurück in Simbabwe und in ihrem alten Haus, das nun zwei Hälften hat: vorn wohnen Mieter, ein Lehrer-Ehepaar, und im hinteren Teil Alice mit ihren beiden Enkeltöchtern. Sie glaubt nicht, dass sich die wirtschaftliche Situation in Simbabwe bald verbessert. „Wir hoffen jetzt schon seit etwa 40 Jahren darauf", sagt sie. Ans Auswandern denke sie aber nicht mehr, dazu sei sie nun zu alt.

Zurück in Durban, sitzt Tendai mittlerweile auf einem Platz in der Innenstadt, gemeinsam mit anderen Männern, die darauf warten als Tagelöhner engagiert zu werden. Viele von ihnen kommen aus Simbabwe, sagt Tendai. Er ist selbst mal wieder auf Jobsuche. Eine Arbeit als Gärtner hat er nach mehreren Jahren aufgegeben, weil er schlecht behandelt wurde. Er hat auch schon auf dem Bau gearbeitet, momentan verkauft er Handys. Sein Leben – ein Hustle, sagt er. „Ich bin jetzt zwölf Jahre hier, aber ich habe kaum etwas sparen können. Meine Familie zuhause in Simbabwe braucht Essen und Geld. Und hier in Südafrika wird gerade alles teurer." Deshalb hatte auch er mit dem Gedanken gespielt, nach Simbabwe zurückzukehren. Vor einigen Monaten war er erstmals seit acht Jahren wieder in seiner Heimat. Um endlich wieder seinen Sohn zu sehen, der bei seiner Schwester und seinem Bruder aufwächst. Der Eindruck von seinem Heimatbesuch war ernüchternd: „Heute ist jeder ein Verkäufer, die Industrie existiert nicht mehr. Auf dem Land herrscht Dürre, dort hungern die Menschen. Viele schlagen sich irgendwie auf dem Schwarzmarkt durch - was früher illegal war wird heute als normal angesehen. Jeder ist sich selbst der nächste." Bessere Chancen für sich hat er dort nicht gesehen.

Tendais Heimatort in Simbabwe ist Ruwa, eine gute halbe Stunde Fahrzeit von der Hauptstadt Harare entfernt. Der alltägliche Hustle ist dort unübersehbar: vor den Supermärkten bieten Männer an, Geld zu besonders günstigen Raten zu tauschen. Vor dem Krankenhaus kochen Frauen Streetfood. Die Straßen sind von kleinen Ständen gesäumt: Obst und Gemüse, Haushaltsartikel, Elektronik, alles im Angebot. Ihr Geschäft laufe einigermaßen gut, sagt die 28-Jährige Chipo. Sie verkauft Bettwäsche, die ihr eine Cousine aus Südafrika schickt. Zu lange will sich die junge Frau draußen auf der Straße jedoch nicht unterhalten. Das errege zu viel Aufmerksamkeit, sagt sie. Die Regierungspartei ZANU-PF hat Augen und Ohren überall. Und Journalisten stehen im Land unter Generalverdacht am Sturz des autokratischen Regimes mitzuwirken. Im letzten Jahr hat es bei einer umstrittenen Wahl wieder eine absolute Mehrheit errungen, das Militär sichert die politische Macht.

Wenig später sitzt Chipo im Wohnzimmer eines Hauses, in dem sie mit ihrer Oma, Mutter und Schwester wohnt. „Wer ein größeres Haus besitzt, kann auch Zimmer vermieten, um etwas Geld zu verdienen", sagt sie. „Jüngere Familienmitglieder haben hier ihren Hustle, andere gehen ins Ausland. So hat jeder hier seine Strategie über die Runden zu kommen." Chipo arbeitete selbst fünf Jahre lang in Südafrika, als Reinigungskraft in Durban. Mit Besuchervisum, ohne Arbeitserlaubnis. Das sei schwieriger gewesen, als viele in Simbabwe immer noch glaubten. „Es ist ihnen kaum klar zu machen,



Mobilität, mehr oder weniger. Eine Bushaltestelle in Durban. (Foto: Akidjoh, CC BY-SA 3.0)

dass man auch in Südafrika nicht wahnsinnig viel verdient", sagt sie. Die Erwartungen ihrer Familie lasteten schwer auf ihr und sie hatte Heimweh, also kehrte sie vor einem guten Jahr zurück. „In Südafrika konnte ich nicht sparen, sondern habe von der Hand in den Mund gelebt. Hier in Simbabwe muss ich keine Miete zahlen, die Ausgaben beschränken sich auf Lebensmittel und Transport. Man hat am Ende also mehr Geld zur Verfügung", sagt Chipo. Sie steht auf und geht wieder nach draußen. Es ist Zeit, weiter ihrem Hustle nachzugehen, für den nächsten Tag erwartet sie eine neue Lieferung aus Durban.

Dort, in der Innenstadt, bereiten Esther und Tendai gerade die nächste Lieferung für ihre Kundinnen in Simbabwe vor. Sie haben die in Plastik verpackten Klamotten auf dem Boden ausgebreitet und stellen die einzelnen Bestellungen zusammen. Viel Platz ist dafür nicht auf dem Bürgersteig, zwischen den kleinen Ständen der Straßenhändler, Passanten, herumliegendem Müll und parkenden Minibustaxis. Tendai schnappt sich eine Rolle Plastikfolie, die er von einem anderen Simbabwer gekauft hat. Den kenne er noch von früher, er sei Polizist gewesen. „Vom Beamten zum Hustler, so schlecht steht es um unser Land", sagt er zynisch. Nach einer Viertelstunde tragen die beiden die fertig verpackten Bestellungen zu einer Frau, die auf einem Hocker am Straßenrand sitzt. Neben ihr türmen sich schon ähnliche Päckchen. Esther bezahlt für den Transport, das Geld haben ihre Kundinnen vorher überwiesen, sie müssen ihre Ware in zwei Tagen nur noch vom Bus abholen.

Am liebsten würde Esther gleich mitfahren. Sie vermisst ihren zwölfjährigen Sohn, den sie nur selten sieht, weil entweder Zeit, Geld oder beides fehlen. „Aber unserem Sohn geht es in Simbabwe besser. Die Schule ist noch in Ordnung und er wohnt bei der Familie. Hier wäre er zu oft allein, weil wir ja ständig arbeiten." Manchmal zweifelt sie an ihrer Entscheidung. Diejenigen, die in Simbabwe geblieben seien, würden es trotz allen Widrigkeiten irgendwie schaffen. „Einige in unserem Alter haben Autos gekauft. Wir dagegen haben auch nach all den Jahren harter Arbeit nicht wirklich etwas vorzuweisen", sagt sie. Und mit leeren Händen wollten sie nicht zurückkehren. Ihr Mann nickt mit dem Kopf. Es ist ein Dilemma, in dem die beiden schon seit Jahren stecken. „Ich habe eine gewisse Summe im Kopf, mit der ich in Simbabwe etwas Neues anfangen könnte. Ich habe Land und das will ich nutzen", sagt Tendai. Vielleicht sei es Ende des Jahres schon so weit, fügt er hinzu. Seine Frau drängt zur Eile. Sie hat noch eine ganze Liste an Bestellungen – diesmal von simbabwischen Kundinnen in anderen Teilen Südafrikas. Ihr Traum ist ein eigener Laden, zuhause in Simbabwe.

Von Leonie March

Die Autorin ist freie Journalistin mit Sitz in Durban und Vorsitzende des Netzwerks freier Auslandskorrespondenten weltreporter.net.

* Zu ihrem Schutz haben wir die Namen der Protagonist*innen anonymisiert.

Fachkräfte Rekrutierung nach Deutschland – Ein Verlustgeschäft für Afrika?

Die Debatten um Flucht und Migration nach Deutschland spitzen sich immer weiter zu und die Richtung der Migrationspolitik in Deutschland zeigt immer deutlicher, dass die Forderung nach Reduzierung von Flucht und Migration stärker in den Fokus rücken und politisch wie auch gesellschaftlich gefordert werden. Die Mitte der Gesellschaft rückt in Deutschland immer weiter nach rechts. Die aktuellen Debatten sind oftmals geprägt von einer Terminologie, mit der zwischen regulärer und irregulärer Flucht und Migration unterschieden wird. Diese Unterscheidung erweckt den Eindruck, dass Begrenzung von Flucht und Migration aus bestimmten Herkunftsländern immer eine legitime Rechtfertigung besitzen. Das Faktum, dass es für viele Staaten allerdings kaum Möglichkeiten einer regulären Migration gibt, bleibt oftmals unbeachtet. Insbesondere die Möglichkeit eines Antrages auf Asyl aus dem jeweiligen Herkunftsland heraus, ist schlichtweg rechtlich unmöglich, sodass es für viele Menschen lediglich die Möglichkeit gibt unter menschenunwürdigen Voraussetzungen den gefährlichen Fluchtweg zu bestreiten, um in einem sicheren Land wie Deutschland einen Asylantrag stellen zu dürfen. Einige Länder innerhalb des Kontinentes Afrika - wie beispielsweise die Maghrebstaaten- sind oftmals Teil hitziger Debatten über *sichere Herkunftssaaten*. Ziel dieser Debatten ist eine Rechtfertigung für schnellere Abschiebungen und eine bürokratische Entlastung.

Die Nachteile destruktiver Flucht- und Migrationspolitik bekommen viele afrikanische Staaten also mehr als deutlich zu spüren. So wird seit Jahrzehnten um die Anerkennung eines Asylstatuses gerungen, um die Chancen auf eine gute Bleibeperspektive in Deutschland zu ermöglichen. Eine Pauschalisierung von Individuen ist nur einer der Kritikpunkte an die strukturellen Gegebenheiten in Deutschland. Die aktuelle Migrationspolitik erhält gesellschaftlichen Zuspruch, da häufig mit den vermeintlichen Gefahren durch Flucht und Migration argumentiert wird und somit der Eindruck erweckt wird, dass der Schutz des Sozialsystems und der Sicherheit in Deutschland gewahrt werden müssten und das gelinge nur, wenn weniger Menschen aus *unerwünschten* Gebieten Afrikas nach Deutschland kämen. Dass die Auslegung des Begriffes *der Gefahr* in Kontext von Flucht und Migration geprägt ist von Narrativen, die sich jeglicher Faktenlage entziehen, bleibt oftmals unbeachtet. Die Narrative über Afrika sind demnach immer noch fester Bestandteil einer völlig überholten Realität. Fakt ist jedoch,



Wenn die Wirtschaft bei gleicher Größe erhalten werden soll, werden Arbeitskräfte in allen Bereichen benötigt. (Foto: Pexels)

dass diese verzerrte Perspektive durch u.a. zunehmenden Rechtspopulismus das Machtverhältnis über Afrika sichert und diesen Kontinent, nicht in seinen Stärken und Perspektiven darstellt, sondern in eine endlose Abhängigkeit versetzt, mit fatalen Folgen.

Die Perspektive erfüllt demnach den Zweck einer kontinuierlichen Destabilisierung des Kontinentes. Afrika kämpft schlussendlich immer noch um Anerkennung aber auch um Unabhängigkeit. Die Förderung von Autonomie wäre zweifelsfrei der nachhaltigste Prozess, um eine langfristige wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erzielen. Dies erscheint vorerst utopisch, hat allerdings durchaus realistische Perspektiven, sofern eigene destruktive Perspektiven anderer europäischer Staaten reflektiert würden. Wie müsste genau das in der Praxis aussehen und wie könnte dieses Ziel unter realistischen Bedingungen erlangt werden?

Die Basis für Autonomie bilden zweifelsfrei stabile Regelstrukturen, die durch eine junge und qualifizierte Generation aufrechterhalten werden, um eine langfristige Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Hinzu kommt ein generationsübergreifendes System, welches eine Berücksichtigung aller Einwohnerinnen und Einwohner u.a. aller Altersstrukturen ermöglicht. Ohne die junge Generation, hat es die ältere Generation schlichtweg schwer, das gilt flächendeckend weltweit, sonst gäbe es wohl keinen sinnvollen Kreislauf.

Zur Verdeutlichung der o.g. Thematik lohnt es sich den Fokus auf die Situation in Deutschland zu richten, einem stabilen



Unterstützung aus dem Aktivismus. (Foto: Traber)

Land, welches zu den wirtschaftlich stärksten der Welt zählt. Die Stärke eines Staates begründet sich durch Bildung, Wirtschaft, Sozialsystem und einem stabilen Gesundheitssystem. Einige der benannten Faktoren gehen nahtlos ineinander über. Wovon fühlen sich autonome und wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland bedroht, wenn es um die Erhaltung der Wirtschaft, seiner Regelstrukturen und seiner weiteren Privilegien geht? Dieser Ansatz könnte eine Antwort darauf geben, wie der Weg für viele afrikanische Staaten aussehen müsste. Es geht also im Kern um die Frage, was sich destabilisierend auf ein System auswirkt und wie diese Gefahren beseitigt oder verhindert werden können. Dass eine einheitliche Anwendung auf alle Staaten Afrikas schlichtweg unmöglich ist und es hier nicht um eine Pauschalisierung aller Staaten des Kontinentes geht, wird vorausgesetzt. Es geht vielmehr um eine exemplarische Darlegung einer wichtigen Perspektive auf Macht, Ungerechtigkeit und gesellschaftlicher Legitimation von Destabilisierungsprozessen. Im Kern geht es auch um den Zusammenhang von Rechtfertigungsprozessen für die gezielte Schwächung anderer Staaten und struktureller Benachteiligung und dem Mythos, dass man auf alle Ressourcen zurückgreifen darf, wenn es um Sicherung eigener Strukturen und Privilegien geht.

Seit Jahrzehnten weisen unterschiedliche wissenschaftliche Studien auf die Gefahren durch den demographischen Wandel in Deutschland hin, da die junge Generation das Überleben der älteren Menschen in Deutschland aufgrund der immer älter werdenden Gesellschaft nicht sichern kann. Wer zahlt also die Rente und stärkt die Regelstrukturen durch den Faktor Arbeit? Wer bringt die Wissenschaft voran und erhält die Qualität des Bildungssysteme? Die junge Generation stärkt also nicht nur die Basis, steht in Verantwortung für die Versorgung von der Älteren und Leistungsunfähigen, sondern entscheidet maßgeblich auch darüber in welcher Welt die nachfolgende Generation lebt.

Wir widmen uns einem Thema näher, dem Fachkräftemangel, auf diese Gefahren wird seit Jahrzehnten in Deutschland hingewiesen, vor allem auf den Fachkräftemangel im deutschen Gesundheitssystem.

Der Fachkräftemangel wird von vielen Unternehmen als das größte Wirtschaftsrisiko eingeschätzt, da der Mangel an geeigneten Fachkräften zum wirtschaftlichen Stillstand führen kann, mit erheblichen Auswirkungen auf den Lebensstandard der Menschen aber auch auf die Gesundheit. Um diesem Dilemma entgegenzuwirken, wird häufig auf gezielte Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland zurückgegriffen. Das wirtschaftliche Potenzial in Afrika steht zu diesem Zwecke oftmals im Fokus der deutschen Debatten. Wie kann es also gelingen gezielt qualifizierte Fachkräfte aus Afrika abzuwerben, ohne das Risiko einzugehen, dass diese Menschen nicht doch dem Sozialsystem zur Last fallen? Abhilfe soll hier das Fachkräfteeinwanderungsgesetz schaffen, um die Selektion nach *nützlichen und unnützen Fachkräften* zu erleichtern, diesen Prozess unterstützen und erleichtern. Es gibt dennoch zumindest irgendeinen Konsens darüber, dass Migration zur Stabilisierung des Wirtschaftssystems in Deutschland beitragen kann, wenn auch politisch als auch gesellschaftlich die Destabilisierung des Sozialsystems durch Migration aus Teilen Afrikas weiterhin befürchtet werden. Die Realität zeigt zweifelsfrei eine tiefe Abhängigkeit von Deutschland zur Migration, eine sicherlich unerträgliche Realität, die es zu kompensieren gilt. Genau dieses Faktum sollten die Menschen in vielen afrikanischen Staaten insofern aufhorchen lassen, als dass es Zweifel über die Auswirkung in den jeweiligen Herkunftsländern auslösen sollte. Deutschland kämpft also mit einem Konflikt die Grenzen von außen zu sichern aber dennoch gezielt Fachkräfte aus den *unerwünschten Ländern Afrikas mit eigentlich schlechter Bleibeperspektive zu rekrutieren*. Dass diese komplexe Selektion der Hilfe einiger afrikanischer Staaten bedarf, scheint also verständlich. Es braucht also Zentren in Afrika, die diese Selektion für Deutschland vornehmen, sodass das Risiko für Deutschland minimiert wird und es nur die qualifizierten, jungen Menschen hierherschaffen. Was passiert mit jenen, die aussortiert werden, weil Alter und Qualifikation nicht ausreichend sind? Was passiert ferner mit den Nachteilen für afrikanische Staaten durch das Abwerben qualifizierter Fachkräfte? Das Argument der Entwicklungshilfe greift hier keinesfalls, da es ein Fass ohne Boden ist. Es müsste also definitiv eine andere Form eines Ausgleiches her, sofern dieser überhaupt existiert. Viele Menschen verlassen unfreiwillig und aus einer bestimmten Not heraus ihre Heimatländer. Oftmals fehlen schlichtweg wirtschaftliche Perspektiven in ihren jeweiligen Heimatländern. Streng genommen wird Armut somit zum Profit Deutschlands und anderen westlichen Ländern. Marokko weist seit einigen Jahren auf die Problematik in Bezug auf die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften hin, dem sogenannten Brain-Drain, sowie auf die zunehmende Destabilisierung und Auswirkungen für die verbleibenden Menschen in Marokko. Auch wenn Marokko es schafft zwischen 6000 und 7000 Menschen jährlich im Bereich der Informationstechnologie zu qualifizieren, werden ca. 20 Prozent durch die Auswanderung verloren. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, dem zunehmend Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte fehlen. Nach aktuellen Angaben des Gesundheitsministeriums in Marokko werden in Marokko aktuell 32.000 Ärztinnen und Ärzte und 65 000 Krankenschwestern benötigt. Das Land sieht sich also mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert, obwohl in Marokko gerade gesetzliche Rahmenbestimmungen für die Tätigkeit in öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, die die Motivation von Pflegekräften und Ärztinnen und Ärztin steigern soll. Für ein Verbot des Auswanderns gibt es nun mal keine rechtliche Handhabe. So bleibt also lediglich ein schwieriger Konkurrenzkampf mit Industrieländern, in denen attraktivere Gehälter und bessere Lebensbedingungen geboten werden. Das ist allerdings kein Zustand der bedingungslos hingenommen werden sollte, sondern es bedarf öffentlicher Diskurse über faire Rahmenbedingungen zur Rekrutierung von Fachkräften. Kompromisse könnten beispielsweise das Aushandeln einer Obergrenze für die Auswanderung von Fachkräften sein. Oder darf eine Art Obergrenze lediglich in Deutschland diskutiert werden, wenn es um die Aufnahme von Geflüchteten Menschen geht. Jedes Land hat im Grunde genommen das Recht sich vor jeglichen Destabilisierungen zu schützen, dazu zählt insbesondere das Abwerben von ausgebildeten jungen Menschen, die für den Erhalt des Systems essentiell sind. Eine weitere Überlegung wäre eine Begrenzung der Aufenthaltsdauer von Fachkräften, sodass sichergestellt werden kann, dass diese in ihre jeweiligen Heimatländer zurückkehren, oder auch eine Art ausgleichpflichtige Entschädigung für die Länder, in denen Fachkräfte gezielt abgeworben werden. Debatten sind insofern erforderlich, als dass hiermit in Frage gestellt würde, was seit vielen Jahren als gängige und *normale* Praxis genutzt wird. Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass sich viele afrikanische Staaten gegen die Fachkräfterekrutierung wehren.

Es bleibt also nicht oft genug zu erwähnen, dass Fachkräfte, die nach Deutschland aus dem Ausland rekrutiert werden, zwangsläufig zu Destabilisierung beitragen und einen ausbeuterischen Charakter haben. Der wirtschaftlich stärkste gewinnt, also? Eine traurige Realität, die die Schere zwischen Arm und Reich nur noch größer werden lässt. Hoffnung darauf, dass der Kreislauf zumindest in Teilen gestört ist, ist das Faktum, dass Wirtschaftsunternehmen beklagen, dass es nach wie vor zu hohe bürokratische Hürden und ungeeignete Strukturen gäbe, welche einen schnellen Zugang von Fachkräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt verhindern würden. Gemeint sind hier insbesondere Bearbeitungsrückstände in Konsulaten und in Ausländerbehörden, die mit der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben oftmals überfordert sind und die Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland, da die Qualität der Qualifikationen an deutschen Standards gemessen werden soll. Ein Ausbau der Kapazitäten scheint auch aus der Sicht der Wirtschaft unverzichtbar, um eine Funktionsfähigkeit der starren und komplexen Umsetzung der Gesetze zumindest in einem Mindestmaß zu garantieren. Die hohen bürokratischen Hürden spiegeln die Haltung von Deutschland zur Migration wider, da dennoch der Fokus der Gefahrenabwehr und die abwertende Haltung gegenüber vermeintlich schwächerer Staaten mit schlechter Bleibeperspektive im Mittelpunkt stehen.

Eine weitere erwähnenswerte Entwicklung zeigt, dass Deutschland für viele Menschen aus dem Ausland an Attraktivität verloren hat. Grund dafür ist u.a. die Angst vor Rassismus und Diskriminierung, welche aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen nicht abwegig ist. Für viele Menschen steht also nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Fokus sondern wichtiges Auswahlkriterium ist auch die allgemeine Zufriedenheit in Bezug auf demokratische Grundsätze, von denen man sich aktuell in Deutschland zunehmend distanziert. Auch die fehlenden Strukturen in Bezug auf Kinderbetreuung, Schule und Wohnraum entscheiden zwangsläufig darüber, wie viele Menschen sich doch von Deutschland abwenden. Wer qualifiziert ist, scheint die Wahl zu haben.

Vielleicht wären die geschilderten Entwicklungen ein guter Anlass, um die Haltung zur Flucht und Migration in Deutschland zu überdenken und zurückzukehren zu Bescheidenheit und Menschlichkeit und Verantwortung, auch für Menschen in Afrika, einem Kontinent voller Potenzial. Wahrscheinlich wird es aber eher so kommen, dass die Angst vor der Aufgabe eigener Privilegien und die destruktive Migrationspolitik in Deutschland dazu führen werden, eigene Privilegien erst einmal vollständig zu verlieren, um klare Sicht zu erlangen, auch wenn dieses Procedere nicht unbedingt wünschenswert wäre, scheint es im Sinne einer gerechten Verteilung von Lebensbedingungen zwingend erforderlich.

Von Souad Lamroubal

Die Autorin ist Migrationsexpertin, Autorin und Moderatorin.


TOPMANTA
TOPMANTA
Alarma
DESCOLONIZACIÓN
REGULARIZACIÓN
YA!
COMPRA ONLINE
TALLER
MÚSICAS Y
CANTOS
TRADICIONALES
DEL PACÍFICO SUR
COLOMBIANO.